

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“  
erschienen am 1. April  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 17/18,  
und durch Postportale zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.99,  
weitere Post am Orte M. 3.50.

Bestellt für die vierteljährliche  
Lieferung über den Preis  
25 Pfennige.  
Für Anzeigen, Inserate und  
Berichtsaufträge sind  
15 Pfennige  
Kontingente festgesetzt.  
Sonderpreise für die vierteljährliche  
Lieferung bis zum 31. März des  
Expeditions abgefordert werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 99.

Freitag, den 29. April 1910.

21. Jahrgang.

## Der 1. Mai

ist für die Breslauer Arbeiterchaft auch ein Werbe-  
tag für unsere Ideen! Am 1. Mai hält der klassen-  
bewusste Arbeiter Umichau in seiner Nachbarchaft,  
wo er unsere Gesinnung verbreiten, ein Mitglied  
der Organisation, einen Leser der „Volkswacht“ ge-  
winnen kann. Jeder so gewonnene Streiter bedeutet  
eine Förderung der Ideen des 1. Mai.

## Der Bericht

### der Grafenkommission.

Die Kommission der Grafen, Fürsten und Ritter-  
generäle, die vom Plenum des Herrenhauses mit der wei-  
teren Beratung der Wahlrechtsvorlage beauftragt war, hat  
nunmehr ihren schriftlichen Bericht erstattet, der den wei-  
teren Verhandlungen des Plenums am 28. d. Mis. zu-  
grunde gelegt werden soll. Die Beschlüsse der Kommission  
sind bereits bekannt, und ebenso die Tatsache, daß diese  
Beschlüsse nur deshalb eine Mehrheit gefunden haben, weil  
man die Kommissionsberatungen nicht ergebnislos ver-  
laufen lassen wollte. Wären die Herren ohne taktische Be-  
denken dem Zuge ihres Herzens gefolgt, so wären die einst-  
weilen angenommenen Anträge abgelehnt worden.

Kam also der Kommissionsbericht in der Hauptsache  
nicht viel Neues bringen, so ist er doch in manchen Ein-  
zelheiten interessant. So wird zum Beispiel durch die  
Wiedergabe einer Rede des Ministers v. Moltke die Be-  
hauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wider-  
legt, daß sich die Regierung von rein sachlichen, nicht von  
parteilichem Rücksichten leiten lasse. Herr von Moltke  
erklärte ausdrücklich:

„Nur wenn die Reform das Ergebnis der Mitarbeit der  
ausschlaggebenden Parteien sei, würde sie das  
Dreiklassenwahlrecht, das alte preussische System,  
vor allen Angriffen sichern.“

Herr von Moltke hat damit, wenn Worte noch einen  
Sinn haben, die Kommission aufgefodert, auf die Wünsche  
der Freikonserverativen und Nationalliberalen zuzugehen; er  
hat sich ganz offenbar von parteilichem Gründen leiten  
lassen; dagegen kommt nun keine offiziöse Ablehnung  
mehr auf. Die Rede des Ministers des Innern ist aber  
noch nach einer anderen Seite hin interessant, nämlich  
durch das Geständnis, daß die ganze sogenannte Reform  
überhaupt keinen anderen Zweck hat, als „das alte preussische  
System“ zu sichern. Die königlich preussische  
Staatsregierung erklärt sich durch  
solche Geständnisse für wahrbrüchig. Mit  
Sinn und Inhalt der Thronrede vom 20. Oktober 1908  
läßt sich eine solche Begründung der Wahlreform in keiner  
Weise in Einklang bringen. Die Thronrede versprach „or-  
ganische Fortentwicklung“, nicht starres Festhalten am  
alten System, und was sie für „eine der wichtigsten Auf-  
gaben der Gegenwart“ erklärte, das war nicht die Sicher-  
ung des alten preussischen Systems, oder, wie sich der  
Minister an anderer Stelle ausdrückt, der „Schutz des be-  
stehenden preussischen Rechts“. Galt die Thronrede vom  
20. Oktober 1908 offen erklärt: „Ich betrachte die Sicher-  
ung des preussischen Dreiklassenwahlrechts vor allen An-  
griffen als die wichtigste Aufgabe der Gegenwart“, so  
wäre sie jedenfalls ganz anders aufgenommen worden und  
hätte eine ganz andere politische Wirkung erzielt, als es  
tatsächlich der Fall war.

Die Erklärung des Ministers von  
Moltke ist eine eindringliche Mahnung  
an das preussische Volk, königliche Ver-  
sprechungen mit der allergrößten Vor-  
sicht anzunehmen, denn es ist heute vollkommen  
klar, daß der Apparat der Thronrede von der verantwort-  
lichen Regierung zu einer Täuschung des Volkes mit-  
benutzt worden ist.

Recht amüßig gestaltete sich die Beratung über die  
sogenannte „Gebung der Kulturträger“. Es war angerat  
worden, auch die Kriegsteilnehmer unter die  
Kulturträger einzureihen und auch sie eine Klasse auszu-  
bilden lassen. Dagegen führte wieder der Regierungs-Ver-  
treter aus:

„Daß die Aufnahme der Kriegsteilnehmer unter die Kultur-  
träger mit Rücksicht darauf überaus bedenklich sei, daß ein  
künftiger Krieg eine große Anzahl von Kriegs-  
teilnehmern schaffen würde.“

Diese Entgegnung wirkte so durchschlagend, daß man  
die Anregung sofort fallen ließ und nicht einmal einen  
Entwurf in ihrem Sinne stellte. Die Klasse derer, die dazu  
bestimmt sind, in einem künftigen Kriege für das Vater-  
land der drei Klassen ihr Blut zu verbrühen, muß in der  
ersten Klasse, muß rechtlos bleiben! Dafür dür-  
fen die pensionierten Offiziere auftrüben, auch wenn

sie kein Halber gerochen haben, ja ihnen wird sogar das  
Abiturientenexamen geschenkt, das von anderen gefordert  
wird. Wer ein paar Jahre den Offiziersjübel getragen hat,  
ist ohne weiteres ein Träger preussischer Kultur.

Gegen verstreute Lichtstrahlen kann sich allerdings auch  
die Dunkelkammer der Grafenkommission nicht mehr ganz  
sicher schützen. So wurde von einem Kommissionsmitglied  
— vermutlich von Professor Doering — ausgeführt, daß  
eine Neuerteilung der Wahlkreise nicht zu  
vermeiden sei:

„Teile man die Wahlkreise nach der Bevölkerung ein,  
so wähle die eine Hälfte der Bevölkerung 304 Abgeordnete,  
die andere nur 189. . . . Das Wahlrecht baue sich auf die  
Steuerleistung auf. Diejenigen Kreise, welche die Hälfte der  
gesamten Einkommen- und Erbschaftsteuer zahlten, hätten aber  
nur 17 Abgeordnete zu wählen, die andere Hälfte 396. Die  
Wahlkreise Charlottenburg und Frankfurt a. M. brächten zu-  
sammen 19 Millionen Steuern auf, müßten sich aber mit drei  
Abgeordneten begnügen, während 72 Wahlkreise, die 102 Ab-  
geordnete wählen, erst 19 Millionen aufbrächten. Ein solches  
Mißverhältnis lasse sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten.“

Auf die Edlen und Erlauchten haben diese Ausfüh-  
rungen natürlich nicht den mindesten Eindruck gemacht.  
Gründen der Vernunft und der Gerechtigkeit sind solche  
Köpfe niemals zugänglich.

Schließlich wurde in der Kommission angekündigt, daß  
ein Teil der konservativen Fraktion gegen die ganze  
Vorlage stimmen werde. Leider ist es zweifelhaft, ob die-  
ser Teil groß genug sein wird, um der ganzen ekelregen-  
den Komödie ein Ende zu machen. In einer weiteren  
Fortsetzung hat niemand mehr ein Interesse. Das preu-  
sische Volk hat Seligkeit genug gehabt, seine Gesekgeber  
kennen zu lernen, so daß jetzt in allen Mägen nur mehr  
der eine Wunsch herrscht: Schluß gemacht und Vorhang  
herunter!

In Bezug auf die „Kulturträger“ sind folgende Ausfüh-  
rungen des Kommissionsberichts erwähnenswert:

„In der weiteren Debatte wurde dann insbesondere  
darüber verhandelt, ob die verabschiedeten Offi-  
ziere, die Gemeinde- und Ortsvorsteher und  
die Landbesitzer zu bevorzugen seien. Bezüglich der  
Kriegsteilnehmer wurde dem Rednerem Ausdruck ge-  
geben, daß diese nicht ebenfalls bevorzugt werden sollten.  
Nachdem ein Vertreter des Innern jedoch darauf  
hingewiesen hatte, daß die Aufnahme der Kriegsteilnehmer unter  
die Kulturträger mit Rücksicht darauf überaus bedenklich sei,  
daß ein künftiger Krieg eine große Anzahl von Kriegs-  
teilnehmern schaffen würde, wurde ein Antrag nach der Richtung  
nicht mehr gestellt. Der Anregung, von einer Bevorzugung der  
Gemeinde- und Ortsvorsteher abzusehen, wurde keine Folge ge-  
geben. Man war sich, nachdem allgemein festgestellt wurde, daß  
diese Beamten nicht zu den besoldeten, sondern zu den unbesol-  
deten Beamten gehörten, in der Mehrheit der Kommission  
darüber einig, daß diese tüchtigen Leute, die die Autorität in  
ihren Gemeinden vertreten, in die zweite Abteilung gehören.  
Der Effekt der diesbezüglichen Bestimmung wurde als nicht er-  
heblich bezeichnet, da die Mehrzahl der Ortsvorsteher  
wohl schon alle auf Grund ihres Besitzes in der zweiten Klasse  
zu wählen hätten; wenn ein Angehöriger der dritten Wähler-  
klasse zum Gemeindevorsteher gewählt werde, so sei dies ein  
Beweis dafür, daß er besonders tüchtig sei, und dann sei seine  
Privilegierung auch durchaus berechtigt. Bezüglich der Lan-  
desrichtlicher herrschte allgemeines Einverständnis, daß sie  
mit Rücksicht auf ihre ganz besondere Stellung — sie sind die  
einzigen ehrenamtlich tätigen Personen, die direkt vom König  
ernannt werden — im § 8 unter die Nummer 1 aufzunehmen  
seien. Von einer Einreihung der verabschiedeten Offiziere  
unter die Kulturträger hatte die Unterkommission ihrerseits ab-  
gesehen. Der Antrag Nr. 24a betreffend die Ver-  
pflichtung dieser Offiziere insoweit sie eine zum akademischen  
Studium berechtigte Reifeprüfung abgelegt haben. Im Ver-  
folg einer Anregung des Vertreters der Staatsregierung wurde  
jedoch beschlossen, dem Antrage Nr. 24a die Fassung der Nr. 4  
des § 8 der Regierungsvorlage zu geben. Man hielt es für  
geboten, diese Vorkehrung so zu fassen, da in Preußen etwa 90  
v. H. aller pensionierten Offiziere das Abiturientenexamen  
nicht abgelegt hätten, und es zweifellos nicht an-  
gänglich sei, Offiziere, die in verantwortungsvollen Stellen  
dem Vaterlande treu geblieben, das Abiturientenexamen aber nicht  
abgelegt hätten, zu differenzieren, zu Gunsten anderer Offiziere,  
die vielleicht nichts Besondere geleistet, aber das Abiturienten-  
examen gemacht hätten. Es wurden dann noch seitens eines  
Vertreters der Staatsregierung die vorausgesetzlichen Wirkungen  
der Privilegierung dargelegt. Parlamentarier gebe es etwa 1200  
im ganzen Lande. Wenig ins Gewicht fiele auch die Anzahl  
der Mitglieder des Provinzialrats und der Vorstände der Land-  
besitzern, Landwirtschaftskammern usw. Die wichtigste allein  
numerisch in Betracht kommende Kategorie seien die Akademiker  
und die Offiziere. Absolute Zahlen lägen über sie nicht vor.  
Man schätze die Anzahl der Abiturienten im  
Lande auf etwa 280.000 bis 240.000; von  
diesen würden sich im dreißigsten Jahre mindestens ein Drittel  
in der ersten Abteilung befinden. In das noch etwa 100.000  
zuzüger übrig blieben. Das seien ungefähr 2 v. H. aller Wäh-  
ler, die auftrüben würden. Wenn das auch im allgemeinen kei-  
nen erheblichen Effekt habe, so könnte doch in Industriestädten  
und in Städten, in denen viele pensionierte Offiziere und Be-  
amte wohnen, die Bestimmung von erheblicher Bedeutung wer-  
den.“

Damitgemäß werden Abgeordnete, Landbesitzer, unbesol-  
dete Magistratsmitglieder, Offiziere nach dreißigjähriger Dienstzeit  
und Personen, die subskribiert haben, zehn Jahre nach der Prüfung  
usw. in die höhere Abteilung, Amtsvorsteher, Gemeindevor-  
steher, Abiturienten Rektoren usw. wenigstens in die zweite Ab-  
teilung versetzt

## Moltke und Bethmann adel

Bürgerliche Blätter melden nach: Auch in Herrn  
Hauskreisen hat man das Gefühl, daß die Ausschüsse für  
Annahme der Wahlrechtsvorlage jetzt sehr trübselig  
sind, und daß das Zentrum her abgeordneten Vorlage  
nicht zu stimmen wird. Es soll aus diesem Grunde,  
wie eine Parlamentskorrespondenz wissen will, bei der  
morgigen Plenarberatung der Antrag gestellt werden, die  
Bestimmungen über die Drittelung wieder nach den  
Beschlüssen des Abgeordnetenhauses herzustellen;  
auch im Kulturträgerparagrafen sollen  
nach Änderungen beantragt werden. Man nimmt an,  
daß die Vorlage als gescheitert zu betrachten ist, wenn sie  
nicht in einer Form an das Abgeordnetenhaus zurück-  
gelangt, die unbedingt von der bisherigen Mehrheit an-  
genommen würde.

Wie die „N. N.“ melden, gehen die offiziellen  
Meinungen, die den Anschein erwecken, als ob die preu-  
sische Staatsregierung die Wahlrechtsreform nicht ohne  
Zustimmung der Nationalliberalen machen wolle, auf den  
Minister v. Moltke zurück. Wenn nun, wie es den An-  
schein hat, die Wahlreform doch ohne die Nationallibe-  
ralen und Freikonserverativen zustande kommen sollte, so  
dürften die Tage des Herrn von Moltke als Minister des  
Innern gezählt sein.

Aber auch an Bethmann-Hollweg wagen sich die  
agrarischen Reagiere schon heran. Als Stimmungsbild  
setzt die nachstehende Neuerung der staatsreaktionären „Ham-  
burger Nachrichten“ verzeichnet:

„Der fünfte Reichskanzler scheint bereits all die  
Licht abgetrieften zu haben und sich dem Ende  
seiner staatsmännischen Laufbahn zu nähern. Wenige Monate  
haben hingereicht, um zu zeigen, daß Herr v. Bethmann-Holl-  
weg über die Eigenschaften, die zu einem „leitenden“ Staats-  
mann befähigen, nicht verfügt. Er eignet sich nicht ein-  
mal zum Chef eines reinen Beamten- und Geschäftsministeriums,  
der die parlamentarischen Mehrheiten nimmt, wo und wie er sie  
findet. Statt sich mit der konservativ-merkmalen Mehrheit des  
preussischen Abgeordnetenhauses zu begnügen, deren Beschlüsse  
er sich bereits, wie er selber gesagt hat, gefügt hatte, ist er  
nachträglich auf den Willkürlichen Erfolg verfallen, sich nach  
seiner Parteianfichten eine Mehrheit zu konstruieren. Das Er-  
gebnis ist, daß keine einzige Partei ihm folgen  
will. Niemand ist mit Herrn v. Bethmann zufrieden.  
Insgesamt nur die Sozialdemokratie, die einen besse-  
ren Kanzler noch nicht gehabt hat. Denn ihr sind in der  
kurzen Vera Bethmann so glänzende Erfolge beschieden worden,  
wie nie zuvor. Als ein konservativer Staatsmann, das heißt  
als ein Staatsmann, der es für die weitaus wichtigste Aufgabe  
der Gegenwart erachtet, die Erhaltung der bestehenden Staats-  
ordnung den Umwälzungsbewegungen gegenüber sicherzustellen, kann  
der jetzige Reichskanzler nicht bewertet werden, und daher sollte  
es die konservative Mehrheit des Herrenhauses, der doch beson-  
ders diese Aufgabe am Herzen liegt, nunmehr für ihre Pflicht  
erachten, den ausgesprochen antikonservativen Wahlrechtsreform-  
berichter des Herrn von Bethmann zum Scheitern zu bringen,  
in der Hoffnung, daß damit zugleich der Wirksamkeit des Trä-  
gers dieses Versuchs das Ende bereitet wird.“

Armer Bethmann! Da hast Du Dich nun geduldet  
und gebeugt, wie die agrarischen Bränden es verlangten,  
die Reichsfinanzreform geschluckt und der Verhandlung  
der Wahlrechtsvorlage schweigend zugehört. Jetzt, wo Du  
den ersten Muck wagst, sagst Du die Freunde fastbege-  
groß: Zum Kanzler ungeeignet, weil zu einfältig. Armer  
Bethmann — das Schicksal hast Du verdient.

## Politische Uebersicht.

**Der Hausrechtsparagraf**, den die Kommission  
des Abgeordnetenhauses in die Geschäftsordnung einzufügen  
beschlossen hatte, wird, wie nach bürgerlichen Blättern jetzt mit  
Gewißheit angenommen werden darf, nicht Gesetz  
werden. Bei der Beratung über die Anträge der Kom-  
mission, die am Montag im Plenum des Abgeordnetenhauses  
stattfinden soll, wird das Zentrum, wie heute in den  
Wandelgängen des Abgeordnetenhauses erzählt und auf An-  
frage ausdrücklich bestätigt wurde, für diese Verhinderung der  
Geschäftsordnung und für Uebertragung weiterer Machtmittel  
an den Präsidenten nicht zu haben sein. Auf einmal?

Das Zentrum ist sich wohl dessen bewußt, daß die  
Zeit, die von ihm verlangt wurde, noch viel schmerzlicher  
ist als alle die anderen unsauberen Arbeiten, zu denen es  
im Dienste des ostentativen Zunftertums schon heran-  
gezogen worden ist. Der Lohn, den man ihm für seine  
Leistungen bietet, steht aber wirklich nicht so aus, daß ein  
normal empfindender Mensch sich durch ihn zu weiteren  
Diensten ermuntern fühlen könnte, denn kaum ist jemals  
jemand so von allen Seiten mit Injektionen regaliert  
worden wie die bismarck'sche Partei. Begreiflich wäre  
es also immerhin, wenn sich auch dieser Wurm endlich  
krümmte, und wenn die von Herrn Kröcher so getauften  
„infantilen Jesuiten“ jetzt erklärten: „Wir machen nicht  
mehr mit!“

Auf den Jesuitenfreit aber muß der Erdher-  
trach folgen, wie auf das Z das R im Alphabet. Herr  
Jordan von Kröcher hat an das Haus ausdrücklich die  
Aufforderung gerichtet, es möge ihn schärfere geschäfts-  
ordnungsmäßige Mittel zum Kampfe gegen die Sozial-  
demokraten an die Hand geben. Weigert sich das Haus,  
diesen Wünschen entgegenzukommen, dann ist Herr Jordan  
von Kröcher der blamierteste Mann, der jemals einen par-  
lamentarischen Präsidentenstuhl gedrückt hat. Er kann

denn einander — um das in seiner eigenen Gemüths-  
lamentarischen Sprache auszubilden — zum Dibel  
sehen" oder er bleibt als komische Figur oben stehen, was  
bellest noch besser ist.

Auf alle Fälle darf die Welt darauf gespannt sein,  
wie der Konflikt zwischen dem Herrn der preussischen  
Künste und seinen gefallenen Engeln enden wird. Viel-  
leicht entschließen sich die streikenden infantilen Jesuiten  
doch gegen Verbrechen einer kleinen Lohnaufbesserung zur  
„positiven Mitarbeit" —? Vielleicht wird eine kleine Ab-  
kommandierung vorgenommen, so daß die beiden konser-  
vativen Fraktionen allein zur Mehrheitsbildung aus-  
reichen? Doch wozu sich darüber den Kopf zerbrechen!  
Weiß doch das Zentrum selber nicht, was es in den  
nächsten drei Tagen machen wird! „Alles schwebt!" und  
alles dreht sich!

Man denkt ein paar Jahrzehnte zurück. Als das Zentrum  
im Kampfe gegen Bismarck lag, da mußte es notgedrungen  
für das Recht der Minorität eintreten, und man würde den  
großen katholischen Politikern, den Windthorst, Reichs-  
pöpper, Maximalrechtlicher Unrecht tun, wenn man das für  
bloße Feuilleton halten würde. Der Kampf abelt. So-  
lange das Zentrum für eine Idee zu kämpfen hatte, war es  
auch ganz natürlich, daß in seinen Reihen Männer auf-  
traten, die mit voller Ueberzeugung, mit Geschick und Talent  
für freihetliche Forderungen ihre Persönlichkeit einsetzten.  
Jetzt aber stimmen die Zentrumsmänner in der Kommission  
für die Herbeiziehung des Büttels in das Parlament und die  
„Germania" bringt es fertig, diese Schandtat zu verteidigen  
mit juristischen Rechtsverdrängen und mit dem Hinweis  
auf den Brauch in anderen Ländern. Aber sie geht damit  
in eine Falle und bespottet die große Vergangenheit der  
eigenen Partei.

Im Jahre 1879 hatte nämlich die Regierung eine Ge-  
setzvorlage eingebracht, die auf eine Verhinderung der Ge-  
schäftsordnung des Reichstages hinauslief, und damals hat  
neben der Sozialdemokratie das Zentrum am kräftigsten für  
die Wahrung der parlamentarischen Freiheit und für das  
Recht der Minoritäten gestritten. Damals erklärte der  
Zentrumssabgeordnete Heeren:

Meine Herren, ich komme jetzt aus dem Saal des Schönes der  
Minorität. Ich habe gesagt, raimgemäß sind im repräsentativen  
Leben verschiedene Parteien, die sich gegenüberstehen und sich mehr  
oder weniger scharf und erbtig gegenüberstehen. Nun ist der Schönes  
der Minorität das erste und notwendige Erfordernis, und wenn ich  
auf die Praxis blicken darf, so verweise ich Sie auf England, wo der  
Schönes der Minorität in einem Maße und mit einer Feinheit des  
Rechtsgefühls entwickelt ist, wovon wir kaum eine Idee haben. Meine  
Herren, aber gerade aus der freien Bewegung der Parteien gegen-  
einander in den repräsentativen Körpern, aus der freien Meinungs-  
äußerung der sich gegenüberstehenden Parteien soll ja das Wohl  
des Landes hervorgehen, es soll ja gerade durch die richtige Auf-  
fassung gefunden und in entscheidender Weise der Regierung ein Maß-  
stab für die Art und Weise gegeben werden, in welcher sie das Land  
regieren und die Gesetzgebung leiten soll. Meine Herren, in dieser  
Vorlage würde aber nach meiner Meinung eine vollständig ungewisse  
oder absolute Willkür der Minorität begründet sein. . . .  
Gegen eine solche ungewisse Gewalt und gegen diese Art von Will-  
kürlichkeit einer Willkür, der Ehr und Ehr dadurch gebührt ist,  
muß ich doch ganz entschieden protestieren und muß meine größten  
Bedenken gegen diese hervortreten lassen.

Noch scharfer akzentuirt waren die Einwände, welche  
Windthorst 3 Tage darauf vorbrachte. Der Ordnungs-  
ruf, so erklärte er, sei für den Betroffenen eine sehr er-  
pfindliche Strafe. Statt habe der Präsident die äußere  
Ordnung aufrecht erhalten können;

das war ihm aber viel schwieriger bei Ausdrücken, die von viel  
höherer Stelle als aus der Munde des Hauses gefallen sind. Wenn  
Sie mehr verlangen, als die Aufrechterhaltung der äußeren Ord-  
nung, dann müssen Sie in der Geschäftsführung die Materie und  
Bren bestimmen, die hier geklärt werden dürfen. Dann  
schließen Sie aber das Parlament lieber auf. . .

Das war damals! Heute läßt sich das Zentrum herbei-  
den Jüngern die niederträchtigsten Schergendienste zu leisten.  
Ober sollte ihm im letzten Augenblick noch die alte  
Erinnerung kommen?

Nehe Turniere. Der preussische Kultusminister  
veröffentlicht eine Verfügung über den nächsten Turnier-  
kursus in Berlin. Im Zusammenhang damit macht er Pro-  
paganza für eine stärkere Beteiligung der Lehrer an diesem  
Kursus. Der Minister sagt:

Wiederholt bemerke ich, daß es in hohem Maße erwünscht  
ist, eine größere Zahl wissenschaftlicher Lehrer, welche für die  
Erziehung des Turnunterrichts geeignet sind, durch Teilnahme  
an dem Kursus dafür ordnungsmäßig zu beschäftigen.

Was die Lehrerseminare betrifft, so mache ich dar-  
auf aufmerksam, daß ein gedeihliches Fortschreiten der gegen-  
wärtig allgemein als notwendig anerkannten, auf Steigerung  
der Volkskraft durch stärkere Betonung gesunder  
Leibesübungen gerichteten Bestrebungen zu einem wesent-  
lichen Teile mit von einer zweifelhafte Ausbildung  
der angehenden Lehrer abhängig ist. Diese sollen  
nicht bloß selbst gern und mit dem bestmöglichen Erfolge turnen,  
spielen, schwimmen usw., sondern auch befähigt werden,  
anregenden Unterricht in solchen Leibesübungen zu erteilen.  
Soll dieses Ziel im Seminar erreicht werden, so muß schon  
den Präparanden durch einen ihrer Eigenart angepaßten, kri-  
stallines und planmäßigen Unterricht ein be-  
stimmtes Maß von Fertigkeit angeeignet und  
besonders auch Freunde an gesunde Körper-  
licher Betätigung in ihnen geweckt werden.  
Sicher ist es notwendig, daß nicht nur in den Lehrerseminaren,  
sondern auch in den Präparandenanstalten der Turnunterricht  
überall von Lehrern erteilt wird, welche dazu besonders vorge-  
bildet und befähigt sind. Das königliche Provinzialschulkollegium  
wolle geeignete Vorkehrungen treffen, das das Ziel binnen einer  
bestimmten Frist erreicht wird. Im Beauftragten zu den An-  
stellungen ist anzugeben, an welchen Seminaren und Präparan-  
denanstalten ein geprüfter Turnlehrer zurzeit noch fehlt, und  
innerhalb welcher Zeit das königliche Provinzialschulkollegium  
diesen Mangel zu beheben hofft. Ich verkenne nicht, daß aus  
der Ausbildung der Lehrkräfte sich für einige Anstalten Schwer-  
igkeiten ergeben werden, doch werden diese kaum irgendwo un-  
überwindbar sein. Schließlich mache ich darauf aufmerksam,  
daß der Aufenthalt an der hiesigen Berliner Landesturnanstalt  
strebsamen Lehrern mannigfache Gelegenheit zur Fortbildung  
auch auf anderen Gebieten gibt.

Der neue preussische Kultusminister ist also ein großer  
Freund des Turnens. Die „auf Steigerung der Volkskraft  
durch stärkere Betonung gesunder Leibesübungen gerichteten  
Bestrebungen" erkennt Herr v. Trott zu Solz als „not-  
wendig" an. Allerdings hat der Kultusminister im Parla-  
ment bereits erklärt, daß nur das „königliche" Turnen auf  
seine Unterstützung rechnen kann.

Den polnischen und sozialdemokratischen Turnvereinen  
wird mithin das Leben nach Möglichkeit auch fernerhin schwer  
gemacht werden. Schwungklippen, Stützsprünge und Bauch-  
wellen sind nur dann gesunde Leibesübungen, wenn sie in  
der richtigen Gesinnung getrippt, gesprungen und  
gedreht werden.

### Die Scharfmacher rüsten zur Reichstagswahl.

Zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem  
Bund der Industriellen und der Zentralstelle zur Vorbereitung  
von Handelsverträgen bestand früher eine Interessengemein-  
schaft. Durch den Austritt des Bundes der Industriellen  
hat diese ihre Bedeutung sehr verloren. Der Zentralverband  
bemüht sich nun, den Bund der Industriellen wieder zum  
Beitritt zu bewegen, damit die Industrie bei den kommenden  
Reichstagswahlen geschlossen auftreten könne. Im Bund  
der Industriellen steht man jedoch diesem Leibes-  
werben recht kalt gegenüber, und zwar hauptsächlich deshalb,  
weil sich zwischen dem Zentralverband der Industriellen und  
dem Bund der Landwirte eine engere Verbindung angewin-  
nen scheint. Einzelne führende Persönlichkeiten des Zentral-  
verbandes wollen die künftige Vertretung der Industrie im  
Reichstage der freikonservativen Partei über-  
tragen wissen und sie bemühen sich jetzt schon, Geldsummen  
flüssig zu machen, um zunächst einmal die „Börs", die künftige  
ihre Organ werden soll, auf eine gesicherte finanzielle Grund-  
lage zu stellen. Für diese Bestrebungen ist der Bund der  
Industriellen nicht zu haben, weil er nach wie vor in dem  
Bund der Landwirte eine Gefahr für die Interessen  
der Industrie erblickt. In der Tat scheint sich auf dem  
Festmarsch des Zentralverbandes deutscher Industrieller ein

Bündnis mit dem Bund der Landwirte vorbereitet zu  
haben. Jedenfalls wird alles, was reaktionär ist, sich bei  
den nächsten Reichstagswahlen enger als bisher zum gemein-  
samen Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen.  
Doch wir erwarten den Gegner in blauer Rüstung.

Die schamlosen Rechtsbrüche bei den Wahl-  
prüfungen im Reichstage haben die „Kreuzzeitung" ein-  
wenig in Verlegenheit gebracht. Erst Mittwoch Abend bringt  
sie darüber einen Leitartikel, worin sie sich über den ange-  
lich übertriebenen Formalismus der Wahlprüfungskommission  
beklagt und die Entschleunigung des Plenums vom Dienstag  
zu rechtfertigen sucht. Das Blatt schreibt:

Wie sonderbar war es aber vom Reichstage, daß er, dem  
die Verfassung mit Ablicht keine Normen für die Wahlprüfung  
vorschreibt, sich selbst Grundzüge auffstellt, die dem Geist des For-  
malismus barst. Die Anwendung dieser Grundzüge war viel-  
fach beinahe ein Akt für den gemeinen Menschenverstand.

Jetzt endlich hat der Reichstag diese ergebenden Grundzüge  
mit einem Akte deutlicher Entschlossenheit offenkundig aufgegeben.  
Die am Dienstag im Reichstage erfolgten Gültigkeitsklärungen  
verschiedener Wahlen bedeuten einen Sieg der Wirklichkeit über  
weiltrennde Theorien.

Da aber die nun folgenden Rechtfertigungen dieses  
„Siegs der Wirklichkeit über weiltrennde Theorien" doch selbst  
für die „Kreuzzeitung" allzu fadensteinig ausfällt, bemerkt sie  
am Schluß ihres Artikels resigniert:

Im übrigen wäre bei den vielen Klagen darüber, daß der  
Reichstag bei den Wahlprüfungen nicht unparteiisch verfährt und  
auch gar nicht verfahren könne, da er Richter in eigener Sache sei,  
ernstlich zu erwägen, ob man nicht dem englischen Beispiel folgen  
und die Prüfung der Wahlen, bei denen Proteste vorliegen, einem  
unabhängigen Gerichtshof übertragen sollte, dessen  
Mitglieder ja vom Reichstag selbst auf Lebenszeit gewählt werden  
könnten.

Mit all diesen Redereien schafft man die Tatsachen nicht  
aus der Welt, daß sozialdemokratische Mandate ungültig er-  
klärt wurden wegen der gleichen Vorkommnisse, die bei Frei-  
willigkeit eines bürgerlichen Mandats nichts schaden.

Der Reichstag erledigte in seiner Mittwochssitzung, so sehr  
sie auch war, eine Fülle Berührungsmaterial. Die meisten Ge-  
genstände verurteilten gar keine Debatte. Das Gesetz über die  
Dankung des Reiches für seine Beamten wurde angenommen, nach-  
dem Genosse Heine noch einmal kurz feststellte, daß wir zwar  
das Gesetz im allgemeinen, nicht aber die Ausnahmestimmungen  
billigen, monoch die Schutzgebiete für ihre farbigen Beamten keine  
Haltung übernehmen. Die dritte Lesung der Veterinär-  
reform endete mit der einstimmigen en bloc-Akzeptation der über diesen  
Genenland eingebrachten Initiativanträge. Uebrigens wurde über das  
mangelnde Engagement der Regierung gesagt. Der national-  
liberal-freikonservative Versuch, die Abhebung der Wehrsteuer durch  
andere Fraktion parteipolitisch zu verzerren, wurde von den Genossen  
Schäpflin und Lehmann kurz und scharf zurückgewiesen. Der Antrag  
selbst wurde wieder angenommen.

Die nächste Sitzung findet erst am Freitag statt. Sie wird  
wohl nicht so kurz ausfallen, denn unter der reichhaltigen Tages-  
ordnung finden sich auch die Ausgaben für Südwestafrika, und somit  
auch die bekannte Ker Expedier.

Der „Tag. Rundschau" zufolge, wird der Bundesrat dem An-  
trag des Reichstages auf Gewährung von Veteranenrenten nicht  
zustimmen, da der Reichstag, wie schon im Vorjahre, auch jetzt  
nicht die Deutungsmittel für die gedachten Reichstagsrenten  
hat, und der Bundesrat die Ausgabe aus Staatsmitteln nicht  
decken will.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages  
begann am Mittwoch die zweite Lesung der Anträge über die Be-  
handlung der Interpellationen. Die §§ 32 und 33 wurden nach den  
Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. § 33a ergibt nach den  
Anträgen der Abgeordneten Reich (konst.) und Moser (Henz.) folgende  
Fassung: Bei der Besprechung von Interpellationen ist die Stellung  
eines Antrages unzulässig. Es bleibt aber jedem Mitglied  
des Reichstages überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages  
weiter zu verfolgen. Bei der Besprechung von Interpellationen über  
die Tätigkeit des Reichspräsidenten, für die dieser dem Reichs-  
tage verfassungsmäßig verantwortlich ist, können Anträge gestellt  
werden, die dahin gehen, daß der Reichstag sich über die Billi-  
gung des Verhaltens des Reichspräsidenten auszusprechen kann. Diese  
Anträge müssen von mindestens 20 Mitgliedern unterzeichnet sein.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat  
die Wahl des Abg. Dr. Kunze (Berlin 12) für gültig erklärt.

Der Präsident des Reichstages, Graf von Schöner-  
berg, beabsichtigt, wie die „Kreuzzeitung" hört, nach Be-

## Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (H. Goring.)

„Man seh' mir einer die Elisabeth Rathenow an", sprach  
er, als die Vorübergehende, und dem hübschen Kinde sah auf  
den Fuß trat. „Ja, das, als müßte der alles Blick ma-  
chen."

„Sie hat noch keinen Lang ausgehoben", sprach Eva  
Schumm.

„Ich seh' mich selbst", sagte die Bergholzin. „Ich weiß  
nicht, was das junge Volk für einen Namen an ihr getroffen.  
Ich finde sie gar nicht so hübsch. Das heißt ja wie eine  
Böhmenhänge in die Höhe geschoben; zu meiner Zeit hatte das  
junge Volk einen besseren Geschmack, und wer weiß, wie es  
heute wäre, wenn man keinen Bürgermeister zum Vater hätte."

Da schickte von der andern Seite der Herr der Schmieden  
eine ins Ohr: „Jungfer Eva, was Euch vor Eurer Berg-  
holzin. Ihr solltet die Ohren heben. Die mit Euch spricht,  
ist eine Freundin von ihr aus den Patavien her."

„Und schon mir einer das Goldband der Elisabeth an",  
sagte die Bergholzin fort. „Das kommt wohl aus der Bräut-  
ertrage dem Reichsherrn?"

„Ach, ich nicht wüßte", sagte Eva Schumm.

„Wo kann sie's herhaben? Hat der Vater doch keine  
Schätze in seinem Boden und kein Silber, was wüßte,  
daß einen die Augen noch tun! Da kann man gut solche  
Machen, was andere Frauen tragen sollen, wenn man sein sein  
Zügelchen tragen läßt, was ihr gefällt."

Der Herr schickte: „Jungfer Eva, weißt du, was die  
Mache ist, es keine Elternmutter die Kopf hat? — Sie  
hüßten. Aber Eva hörte es nicht."

„Da, ich sage doch", fuhr die Bergholzin fort. „Es geht  
jetzt in Berlin her wie — ich will gar nicht sagen — Wenn  
eine Tochter einen Reichsherrn hätte wie den Vater Reichsherr  
die würde sie nicht tragen, wenn über Allerlei nicht bei ihr,  
bis in die Fingerhaken würde sie mit werden, wenn ein junger  
Herr her sie läßt."

„Was dreht es ihren Kröpfchen: „Ich was in der  
ter Reichsherr wird sich auch nicht große Freude thun."

„Was sollte er auch? Ich der Reichsherr doch ein Junger,  
wie sie mir noch einen zeigen sollen — ja, nicht mir nur geist  
Reichsherr in der Hände. Wo der Reichsherr, wie ich wüßte,  
daß welche auch der alle Bürgermeister, der ist schon wie ein  
Schon, ja! wie hat wieder läßt an ihren Kopf;  
nicht nehmen, was nur der Reichsherr, für die Reichsherr."

das glaube ich nicht — aber wie er den alten Schumm 'nen  
gedreht hat, das müßt' ich wohl wissen."

Der Herr fügte: „Als Eva vom ersten Schlag getroffen  
wurde, weißt du, was sie tat, Jungfer Eva? — Sie juckte  
sich."

„Da siehe Güte, da vergaß ich ganz, daß ich zu Herrn  
Bartholomäus Tochter spreche", fuhr die Ratzone fort. „Sie  
wird sich Mühe geben, keine liebe Schwägerin, die beiden alten Ge-  
ren werden schon wissen, warum sie sich den Kröpfchen ver-  
zieren und kann gleich sie ins Haus in die Bräuterrasse, als  
solche junge Frau, und wird am Fenster sitzen, um ihr die  
Jungfer Eva sah, und wird glücklich zuhause. Wer draußen vor-  
übergeht und den Hut abzieht. Ja, Reichsherrin, bis nicht bös,  
hoff doch geseht, daß alles nur Eva war. Sehe, Jungfer  
Elisabeth, die sie hochlaut der wieder Reichsherrin, was  
ihnen doch der. Euer schönes Jungfer Schwägerin wirst  
Euch 'ne Freundin zu."

Der Herr schickte wieder, als Eva unwillig der Frau Berg-  
holzin den Arm hielt: „Weißt du, was Euer erster Geber  
war? Hätte Eva nicht gesagt, als der erste Schlag bis, son-  
dern zugehört und gemacht, so gibt es ihr keine Glöbe woher."  
„Sie will doch nicht sehen, Reichsherr" fuhr die Ratzone  
fort. „Es ist doch ein hübscher zu sehn. Wie hübsch, sie  
kann sie doch manchen absehen, und ihr tat es keinen Schö-  
nen. Der Reichsherr wird was zu ihm bekommen. Ich nun, der  
Reichsherr, das ist ein Schumm."

„Ja hübsch ist er das", sprach Eva.

„Er hat die Männer alle. Ich hat hübschen Gesicht! Herr  
Schumm, er hätte ja können — doch das ist nun vorbei."

„Diese Leute haben ihren Namen im Herzen", schickte der  
Herr, und alle nach der Schmiede, wo sehr viel Reichsherrn und  
Schumm war, denn die Herren waren sehr miteinander gerufen,  
und die von Schumm und Reichsherr begleiteten ihre angestrichen  
den, die einer den andern schickte, mit der Frau auf den Tisch,  
und es war gar nicht der Augenblick dafür, daß jetzt Herr Reich-  
sherr auf den Tisch sprang und in sich gemeintem  
Reden von der Schmiede der Stühle sprach, und das gute Regi-  
ment löste, und daß ein guter Tisch und Bürger es gar nicht  
andere zwischen Name. Zwei Reichsherrn seine Schachschiffen,  
wie er kriegerisch auf dem Tisch stand, wie zwei Reichsherrn,  
und auch die beiden Reichsherrn, die er über den Arm und Schul-  
tern trug, und auch an den Tisch, waren rechtlich angestrichen;  
begleiteten waren die Reichsherrn zu Ehren beider Städte und  
des Reichsherrn, wie es ist, recht schön und erhaben angestrichen.  
Aber alles das hatte nicht das rechte Gefühl, wie denn der Reich-  
sherr die Reichsherrn hat, bis zu den, was sich nicht kriegerisch zu kriegerischen  
bis zu den, was sich nicht kriegerisch zu kriegerischen, was ins Ange-  
sicht zu bringen. Was es aus Reichsherrn und Reichsherr, denn  
nicht nehmen, was nur der Reichsherr, für die Reichsherr."

Nun aber brach er in so schönen Reimen, daß es schmerz-  
war, die Tugend und die Schönheit der Frauen und Reichsherrn  
beider Städte und ermahnte sie, wie sie wählten über den Reichsherrn  
scheiden, auch für den Reichsherrn zu sorgen, und gab ihnen  
an, wie sie es zu machen hätten, ihren Reichsherrn und Schumm  
und Reichsherrn den Kopf zu waschen, wenn dieselben Reichsherrn  
und Reichsherrn. Da lachten alle recht herzlich, und noch mehr, als man  
Herr Reichsherr alle Krause und Blumen, bis er man den Reichsherrn  
trug, herunter nahm und ihnen zuwarf. Und zu gleicher Zeit  
wurden Blumen gestreut von den Reichsherrn und Reichsherrn  
peter diesen und die Reichsherrn und Reichsherrn schickten  
ein zu Ehren der Reichsherrn, die Herr Reichsherr hoch leben  
ist, und die er aufforderte, mit ihm den Reichsherrn zu tangen-  
lich, und die er aufforderte, mit ihm den Reichsherrn zu tangen-  
lich, und nun sprang er unter ungeheurer Lärm und Schall  
vom Tisch, um der Reichsherrn den Arm zu reichen; und was  
es sein Zweifel nach dem, wie er vorher in den Reichsherrn  
se beschrieb, daß Elisabeth Rathenow gemacht sei, wie sich das  
wohl verstand und schickte; auch wenn es noch Schöne  
geben, da sie des Reichsherrn Tochter war. Aber vor den  
Augen des Reichsherrn unseres Reichsherrn, welcher selbst zu den  
war, um bei dem zu tun, zu trinken und zu tangen, drehte sich  
als er nun herunter gesprungen, die Straße rundum, und was  
wohl er grab auf Elisabeth Rathenow zugehen meinte, geriet  
er doch in solcher Richtung auf Eva Schumm, und hielt  
mit einer so zierlichen Verbeugung, als er noch konnte, die Reichsherrn  
entgegen.

„Zugegriffen, Jungfer!" schickte es hinter ihr, und  
das Reichsherrn wie nach Reichsherrn, da Eva etwa  
beifügt anstand. Entsetzt bemerkte sie, daß es ein Reichsherr  
oder sie erlöste vor dem wartenden Reichsherrn und den Reichsherrn  
Wangen des Reichsherrn.

„Widat die Reichsherrn!" schickte es, die Reichsherrn  
die Reichsherrn lachten, die Reichsherrn schickten, und Eva schickte  
an, am Arme des Reichsherrn —

„Ich Eva Schumm  
Das war mei Reichsherr!"

„Hüßlich es durch die Luft, und der Reichsherr gerade die  
und als sie blutrot aufschaute, standen sie vor Elisabeth Rathenow.  
Nun war es keinem ein Zweifel, weder Eva, noch Herr Reichsherr,  
rich, noch einem sonst, daß Elisabeth Rathenow gemacht sei.  
Der Reichsherr Elisabeth an Reichsherrn, die Reichsherrn —  
Jod höher noch, und ihre großen Augen noch einmal je gro-  
auflut vor Reichsherrn, die Reichsherrn Reichsherr Reichsherr  
und auch das Reichsherr. Und unwillkürlich, als wüßte es  
sein, hatte Eva Schumm den Arm des Reichsherrn Reichsherr  
lassen, und Herr Reichsherr den Arm der Reichsherrn Reichsherr  
reicht."

(Fortsetzung folgt.)

Abnahme der diesjährigen Saison des preussischen Abgeordnetentages, als nach Beendigung der Wahlperiode, sein Mandat für die nächste Wahlperiode wegen Ueberführung niedergelagen. Graf Schwerin vertritt im Abgeordnetentage seit 1895 den Wahlkreis Ostpreußen-Westpommern. Dem Reichstage gehört er seit 1893 an.

**Freigesprochene Wahlrechtsdemonstranten.** In Dorne fanden wieder Prozesse gegen Wahlrechtsdemonstranten statt. Die königliche Polizeiverwaltung in Dornum hatte drei Genossen wegen groben Unfugs, angeblich verübt durch Hochrufen und wegen Nichtbefolgung vollgültiger Anordnungen mit Strafmandaten bis zu 30 Mk. bedacht. Auf erhobenen Einspruch stellte sich bei der Verhandlung in zwei Fällen heraus, daß die als Zeugen vernommenen Schlichter und Geheimvollzogen nur auslagern konnten, daß die Betroffenen den Unfug geklärt hatten. Die drei Angeklagten wurden deshalb freigesprochen. Aber auch im dritten Falle, in welchem das Gericht das Hochrufen als erwiesen ansah, erklärte das Gericht, daß es der Auffassung der Schlichter und des Vertreters der Staatsanwaltschaft, daß durch das Hochrufen die öffentliche Ordnung gestört werde, nicht beitreten könne. Es erfolgte deshalb auch in diesem Falle Freisprechung. Auch wegen angeblicher Nichtbefolgung vollgültiger Anordnungen wurden die Angeklagten freigesprochen, weil die Schlichter nicht behaupten konnten, daß sie die Angeklagten überhaupt aufgefordert hätten, weiter zu gehen.

**Eine Spitzeldebatte in der Justizkommission des Reichstages.** In der Justizkommission kam es am Mittwoch bei § 46, der dem öffentlichen Beamten das Recht gibt, über Dinge, die seine Amtspflicht betreffen, als Zeuge die Aussage zu verweigern, zu einer ausgedehnten Spitzeldebatte. Die Sozialdemokraten beantragten, dieses Ausnahmerecht gänzlich zu beseitigen, event. zu bestimmen, daß nur dann die Aussage verweigert werden dürfe, wenn die Wehrkraft des Reiches oder einzelner Bundesstaaten dadurch gefährdet werden könnte, oder den Bundesstaaten untereinander Nachteil erwachsen würde. In letzter Linie soll das Gericht über die Berechnung der Zeugnisverweigerung entscheiden. Vom Zentrum wurde ein ähnlicher Antrag gestellt. Bei der Begründung des sozialdemokratischen Antrages wurde auch darauf hingewiesen, daß jetzt in Prozessen, in denen gegen provokative eine Hauptrolle spielen, die vorgelegten Aussagen der Beamten die Genehmigung zur Zeugnisverweigerung nicht erzielte. Ein Vertreter der preussischen Regierung behauptete, daß noch kein agent provokateur von einer Regierung den Auftrag erhalten habe, politische Parteien zu bespitzeln und ein anderer Regierungsvertreter meinte, die Spitzel seien in Deutschland, wo wir keine russischen Zustände hätten, kein juristischer Begriff. Von einem Genossen wurde den Regierungsvertretern auf kritische Weisheit gesagt. An der Hand von Akten und unter Bezugnahme auf frühere Debatten im Reichstag mußte den weitstehenden Herren von der Regierung von neuem die Giftigkeit und das Verbreiten der aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Spitzel nachgewiesen werden. Auch die Vertreter des Zentrums und der Freikämmerer wandten sich in dieser Sache gegen die Regierung. Nach diesem Gang der Diskussion blieb der Regierung nichts anderes übrig, als das System der Spitzel, deren Vorhandensein nicht mehr geleugnet werden konnte, als für notwendig hinzustellen, denn so sagte der Regierungsvertreter, so oft wie man die Spitzelanten und Spitzel gegen die kriminellen Verbrecher heugigt, müßte man auch Anarchisten und politische Verächter durch Spitzel überwachend können. Gegen die Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums sprachen Nationalliberale, Konservativ und Freikämmerer, die dann auch gegen die Anträge stimmten, womit auch früher in der Strafprozessordnung das alte Vorrecht der Zeugnisverweigerung für die Beamten aufrecht erhalten bleibt.

**Ärter- und Milchste.** Schon wiederholt haben die Agrarier darüber geklagt, daß im Zolltarif nicht auch ein Zoll auf Rahm festgelegt worden ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt nun neuerdings darauf zu sprechen, und zwar deshalb, weil in Kopenhagen eine neue Meierei eröffnet wurde, die Rahm aus Dänemark zollfrei einführt und ihn dann zu Butter verarbeitet. Das agrarische Blatt berechnet, daß dort im Jahre 11—15.000 Rentner Butter hergestellt werden, und daß dadurch dem Reiche eine Einnahme aus dem Butterzoll von 110—115.000 Mk. entgeht.

Die Butterpreise haben dank der Preispolitik der Agrarier heute bereits eine unerwartete Höhe erreicht, und es kennzeichnet die Deutegier dieser Kreise, daß sie sich erdreisten, in diesem Augenblicke einen Zoll auf Rahm zu verlangen, um nur ja zu verhindern, daß ihnen Konkurrenz entstehen könnte. Für die Agrarier handelt es sich nicht darum, zu verhindern, daß dem Reiche eine Einnahme entgeht; für sie ist das leitende Motiv, Selbsten zu finden, die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben, um ihre eigene unangenehme Lage zu füllen.

**Aus dem sächsischen Landtage.** In der Landtags-Sitzung vom Montag, die sich bis Abends 10<sup>1/2</sup> Uhr hinzog, brachte Finanzminister Müller einen Nachtragsetat ein. Von diesen sollen 1<sup>1/2</sup> Millionen zur Aufrechterhaltung der Eisenbahn dienen. Er stellt dies als einen Akt besonderen Wohlwollens der Regierung gegenüber den Eisenbahnarbeitern hin. Genosse Fleischer wies darauf hin, daß man diese Summe erst sehr spät eingesetzt habe, wahrscheinlich auf die von uns geübte Kritik hin. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Genosse Niem Veranlassung, auf die Reichsverfassungsordnung einzugehen und die allgemeine Abneigung der Arbeiter, sowie weiterer Kreise der Unternehmern zum Ausdruck zu bringen. — Bei dem weiteren Kapitel „Landesstraßenbau“ kritisierte Genosse Niem die Art des Ausschusses der Verordneten und stellte die Frage, ob ein ehemaliger Strafanstaltsgefängnis, der in der Dresdener Strafanstaltskommission gestohlen habe, von dessen Errichtung man aber nichts gehört hat, etwa wieder in Staatsdienst setze. Der Minister des Innern erklärte, daß der Gefängnisgefängnis sei und nicht wieder in den Staatsdienst eingestellt werde.

**Der Arbeitsmarkt in und um Berlin zeigt schon ein äußerst günstiges Bild.** Für Berlin und seine nächsten Vororte deutet sich das Angebot von Arbeitskräften fast mit der Nachfrage. Auf 100 offene Stellen kamen im März 102,21 Arbeitssuchende. Schon 1900 war um diese Zeit der Andrang im Vergleich zu anderen Gebieten befriedigend, indem er auf 116,92 stand. In Berlin selbst kamen im März auf je 100 offene Stellen dieses Jahr 22,7 Arbeitssuchende gegen 1900 im vergangenen Jahre. Die Abnahme des Andranges ist demnach recht kräftig. Verantwortlich ist diese Besserung ausschließlich durch die rapide Zunahme der Arbeitsgelegenheit, wie aus der Bewegung der offenen Stellen hervorgeht, während das Angebot die gewöhnliche Zunahme gegenüber dem Vorjahre antwortet. Beim Verein der Brauereien, der einen eigenen Arbeitsnachweis hat, kamen im März auf 100 offene Stellen durchschnittlich 240 Arbeitssuchende gegen 222 im Vorjahre. Auch in der weiteren Umgebung Berlins, in den Provinzialstädten der Provinz Brandenburg, ist fast überall eine Besserung zu konstatieren. In Potsdam kam der Andrang von 265 im Vorjahre auf 221 im laufenden Jahre. In Frankfurt a. O. ist der Andrang ebenfalls zurückgegangen; er betrug im März des Vorjahres 195, dieses Jahr aber nur 170. In Brandenburg a. S. stellt sich der Andrang auf 183 gegen 223, in Pommern auf 95 gegen 103. Dagegen wirkt der Arbeitsmarkt in Ostpreußen und in Ost- u. Westpreußen eine Verschlechterung auf: ersteres zeigt einen Andrang von 79 gegen 67, letzteres einen solchen von 170 gegen 100.

Das Gesamtbild wird sich im April wegen der feindlichen An-

**Die juristischen Geffen.** Die Wiesbadener Polizei hat der sozialdemokratischen Partei die Genehmigung zu einem Festzug erteilt, was nun so bemerkenswert ist, als am 1. Mai, Nachmittags, die Ankunft des Kaiserpaares erfolgt. Man vergleiche dieses Wiesbadener Polizeiverhalten mit der Angst des Herrn v. Dönn vor der Störung der Sicherheit und Ordnung.

**Ein Gnabengesuch für Dähfel.** Die Strafverbüßung des Journalisten Dähfel von der „Wahrheit“ soll freigesprochen werden sein, weil Dähfel, der seinerzeit in 1<sup>1/2</sup> Jahren Gefängnis verurteilt, aber gegen 15.000 Mk. Kaution auf freien Fuß gesetzt wurde, ein Gnabengesuch an den Kaiser gerichtet hat. Von Staatsanwalt Lebering ist das Gnabengesuch angeblich beantwortet worden. Auch für die bereits in Strafbau befindliche Frau Schwarwald soll ein Gnabengesuch an den Kaiser gerichtet worden sein.

**Als die „gute Stimmung“ der „Wahrheit“** soll noch immer erhalten, daß in seinem schmutzigen Expressartikel als nicht so schlimm hinzustellen. Im Kampf fürs Volk in die Geirge verführte Debattanten — die beunruhigt man nicht.

**Arbeiter als Fabrikinspektionsgehilfen.** Die Reichstagskommission des sächsischen Landtages beschloß, die Regierung zu ersuchen, vom Jahre 1912 ab die Präfte der Fabrikinspektoren dadurch zu vermehren, daß in jedem kreishauptmannschaftlichen Bezirk zwei Hilfskräfte aus dem Arbeiterstande (in ganz Sachsen also 8) angestellt werden. Die Regierung sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu. Arbeiterschäfte haben die Fabrikinspektionen in Bayern (16), Württemberg (4), Baden (4) und Hessen.

**Militärische Ehrenbezeugung.** Wie ein Kommando des kommandierenden Generals des 16. Armeekorps in Straßburg anordnet, ist auf Befehl des Kaisers von den Truppenteilen des Standortes Straßburg von jetzt ab bis auf weiteres wieder vor den direkten Vorgesetzten Front zu machen. Auch die Ehrenbezeugungen gefälliger Abteilungen werden wieder eingeführt. Die Vorschriften waren im November vorigen Jahres befristet worden.

**Preussische „Dreier“-Juristen.** Der preussische Justizminister will, dem Beispiel Bayerns folgend, die am Anstellung im Staatsdienst rechnenden Juristen klassifizieren. In Klasse A kommen die ganz hervorragenden, in Klasse B die weniger guten, die sich aber noch über den Durchschnitt erheben, in Klasse C endlich alle diejenigen, die auf eine Anstellung nicht zu rechnen haben. In letzter Zeit soll bereits einer größeren Anzahl von Messoren eröffnet worden sein, daß für sie keine Aussicht auf Anstellung bestehe. — In juristischen Kreisen wird bemerkt, daß dieses Vorgehen mit dem Gerichtsverfassungsgesetz im Einklang zu bringen ist, denn dort wird die Befähigung zum Richteramt lediglich von der Ablegung zweier juristischer Prüfungen abhängig gemacht.

Die Erstwahl im zweiten hessischen Reichstagswahl-

freie Friedberg-Wahlkreis ist am Mittwoch, den 6. Juli, festgelegt worden.

### Ausland

**Ausnahme des englischen Finanzgesetzes.** Das englische Unterhaus hat das Finanzgesetz in dritter Lesung mit 324 gegen 231 Stimmen angenommen. Das Finanzgesetz wurde sodann im Oberhaus eingebracht. Es handelt sich bekanntlich um die Steuerentlastung der Regierung, welche die Annullierung des Unterhauses wegen Widerstand der Lords zur Folge hatte. Jetzt werden die Edlen in den sauren Apfel beißen müssen.

**Zur Revolution in Albanien.** Die Situation ist auch in Süd-Albanien kritisch. Der englische Konsul in Janina wurde inhaftiert, der Kavass wurde verwundet. Gesehen feuchten Albanesen auf einen Zug, 23 Kilometer von Ueskib, weshalb zwei Bataillone Jäger dort verbleiben sind. Wie spätere Meldungen belagen, haben bei dem letzten Kampf bei Schitumja nicht die Albanesen gesiegt, sondern diese sind von den Türken in die Berge von Ternoletos jurisdiktränkt worden. Albanesen griffen die nach Briren marschierenden Truppen an; Details fehlen noch. Eine Versammlung von Albanesen beschloß in Drenits die Kämpfe fortzusetzen.

### Partei-Angelegenheiten.

**Wieder verboten.** Das Polizeipräsidentium in Magdeburg hat die bereits erteilte Genehmigung zu dem Umzuge am 1. Mai neuerdings wieder zurückgezogen, daß bei der abgehenden großen Zahl der Teilnehmer eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei, und der Umzug in großen Maßstab eine Unruhe hervorzurufen könnte. Der Magistrat hatte schon früher die Genehmigung der öffentlichen Anlagen für Umzüge verweigert; ihm scheint es anzuschreiben zu sein, daß jetzt auch der Polizeipräsident amtiert.

**Die aufsteigende Postkarte.** In der Buchhandlung der „Frankfurter Volksstimme“ erschien am Dienstag ein ganzes Heft von Kriminalromanen, um eine Handlung vorzunehmen. Geht es wurden Karten, die nach einem Bilde der Rainnummer von 1895 gemacht waren und nach Ansicht der Polizei „zum Klaffenhaft aufsteigen“ sollen. Trotz der eifrigsten Bemühungen fand die Polizei nichts.

### Arbeiterbewegung.

**Bestrafter Unternehmerterrorismus.** Der Frankfurter „demokratische“ Stadtverordnete und Vorsitzende des Verbandes der Fleischermeister Deutschlands, Carl Marx, wurde in Karlsruhe zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wegen Bedrohung und Abtügung; die gleiche Strafe traf seinen Schwager. Die beiden waren nach Karlsruhe gefahren, um auf dortige Metzgermeister, die die Forderungen der organisierten Gehilfen zum Teil erfüllt hatten, einzuwirken, daß sie ihre Gehilfen nicht wieder zerschlagen sollten. Als die beiden „Demokraten“ dieses Ziel nicht ohne weiteres zu erreichen vermochten, schrieben sie Demoralisationsbriefe an Krankenschwester, Arbeiterfrauen, patriotische Wirtschafter usw., um den Metzgern, die bewilligt hatten, die Kundschaft abzutreiben. Sie machten das so offen und auffällig, daß sich die Staatsanwaltschaft schließlich daran kümmern mußte.

Was wäre aber Arbeiter passiert, die sich einen solchen rufführenden Schwager schuldig gemacht hätten? Würden sie auch mit einem Jahr Gefängnis bestraft?

**Lohnbewegungen im Holzgewerbe.** Die Holzarbeiter im Elsaß (Hohrain) haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die bisherige 60 stündige Arbeitszeit wurde zu 5 Stunden die Woche, auf 57 Stunden, vermindert. Alle Akkordpreise sind um 10 Prozent aufgehoben, der Mindestlohn beträgt nun je 40 Pf. pro Stunde. Dem Akkordarbeitern wird bei Lohnarbeit der im Akkord erzielte Durchschnittsertrag als Lohn gezahlt. In Schwaben und Ungarn (Hohrain) haben die Arbeiter die bisher bestehende 11 stündige Arbeitszeit und Lohn und Logis beim Meister bestätigt. Der Mindestlohn ist für sofort auf 42 und ab 1. April 1911 auf 44 Pf. bei täglicher 10 stündiger Arbeitszeit festgesetzt. Neben dem so fortigen Anstieg der Bezahlung der Arbeiter, tritt am 1. April 1911 eine Lohnverhöhung von 2 Pf. pro Stunde ein.

Die Arbeiter der photographischen Branche in Dresden haben bei der Firma „Kla“ und Holz und Verrentmann eine Lohnverhöhung von 3 resp. 4 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Der Anstangslohn für nichteingetragene Arbeiter wurde auf 50 Pf. pro Stunde festgesetzt. Die Arbeitsgelegenheit bei Akkordarbeit beträgt mindestens 20 Pf. pro Woche.

Zeilen sofort 3 Pf., am 15. April 1911 2 Pf. und am 15. April 1912 auf 1. Februar 1913 je einen Pfennig Lohnverhöhung. Für 1. Februar 1913 wird die Arbeitszeit von 54 auf 53 Wochenstunden vermindert. Der Mindestlohn der Schreiner und Maschinenarbeiter wurde auf 51 Pf. pro Stunde festgesetzt. Bei Montagarbeiten wird, falls Uebernachten notwendig, 3,50 pro Tag, auch für die Sonntage, gezahlt, ohne Uebernachten 1,50 resp. 2,20 Mk. täglich.

**Metallarbeiterstreik in Frankfurt a. M.** Ein bürgerliches Telegramm meldet vom 27. April: Bei den letzten Stillstände und kalmeren Worten, M.-Gel., sind zwischen Gewerkschaft und Arbeiterchaft Differenzen entstanden, die voraussichtlich zum Ausstand führen und vielleicht noch größere Folgen haben werden.

Die gesamte Arbeiterschaft hat heute morgen zum Abend die Kundgebung eingeleitet. In Betracht kommen 2500 Arbeiter. Donnerstag versammelt sich der Verein Frankfurter Metallindustrieller, der an den deutschen Verband angeschlossen ist, um zu dem Ausstand Stellung zu nehmen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ hierzu hört, besteht die Möglichkeit, daß die Aussperrung der in Frankfurt beschäftigten Metallarbeiter beschlossen wird, die Folge davon wird sein, daß die Aussperrung nach und nach einen größeren Umfang annehmen wird. Vom Abend wird gemeldet: Die Arbeiter bei Schreiner, etwa 2700 Mann, sind heute abend in den Ausstand getreten, nachdem sich die Einigungsverhandlungen gerschlagen haben.

**Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Berlin.** Eine von mehr als 5000 Personen besuchte Brauereiarbeiterversammlung beschloß, das Angebot der Brauereien abzulehnen. Eine halbe Stunde Arbeitsverweigerung am 9. Stunden wollten die Brauereiarbeiter bewilligen und 1 Mk. Lohnverhöhung für einige der schlechtbezahlten Kategorien 1,50 Mk. bzw. 2 Mk., aber nur unter der Bedingung, daß der Tarif auf 5 Jahre abgeschlossen wird. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der die unzulässigen Angehörnisse mit Entzählung abgelehnt werden; die Versammlung verlangt eine Vertagung der Arbeitgelei und eine von ihnen aufgestellten Listen entsprechende Lohnverhöhung, als welche das Angebot der Brauereien nicht anzunehmen ist. Die Kommission wurde beauftragt, die in diesem Sinne zu führenden Verhandlungen zu beschleunigen und das Resultat einer sofort einberufenen Versammlung zur Beschlußfassung zu mitteilen.

### Aus den Gerichtssälen.

**Zwei Urteile der Militärjustiz!** Das Oberkriegsgericht in Dresden verurteilte den Reservisten Ritter wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu 3 Jahren Gefängnis! Indem es einen schweren Fall und eine fortgesetzte Handlung annahm. Der Angeklagte war anfänglich des Wehrnachschaffers zu seinen in Riesa wohnenden Eltern beurlaubt, wo er am 2. Februar im angezeigten Zustande ein Langlokal besuchte. Hier bot er einem Sergeanten, den er als solchen nicht erkannte, auf die Hüfte getreten und einen leichten Stoß gegen den Arm versetzt. Das Kriegsgericht hatte auf 2 Jahre 2 Monate Gefängnis erkannt. Das Oberkriegsgericht hat nun auf die Berufung des Angeklagten das Schreckensurteil unter Abrechnung von nur 2 Monaten bestätigt!

**Ein Gegenstand.** Eine unglaublich gelinde Strafe für einen grenzenlosen Rohheit warf das Dresdener Kriegsgericht gegen den Fahrer Hippmann vom 12. Artillerie-Regiment aus. Hippmann der ein „alter Mann“ ist, schlich sich eines Abends in den Stall, wo der „unbeliebte“ Rekrut Glaser Dienst hatte und gerade einen Augenblick schlief, löschte die Lampen aus, bezog den Rekruten mit Wasser und schlug dann mit einem Steinballgurt unbarbarisch auf diesen ein! Die Schwelle des Stalles traf den Rekruten demmaßen ins linke Auge, daß dieser das Sehvermögen fast völlig einbüßte! Das Gericht verurteilte diesen Raubling zu nur 2 Monaten Gefängnis!

So machen die Kriegsgerichte antimilitarische Propaganda.

**Ein Vollsticht darf nicht angelegt werden!** Wehe dem, der in Gegenwart seiner Vorgesetzten des Schutzmanns die Mundwinkel zum Schalen derzieht. Wer dies magt, wird bestraft. Der 25jährige Bauer Karl Reichmann in Halle a. S. hatte sich am 16. Januar auf dem Markte aufgehalten, wo sich nach Schluß der ersten Predestersammlung gegen die Wahlrechtsvorlage viele Feuilleter eingefunden hatten. Die Vollstichten gingen gegen die Menschenmenge vor und forderten zum Weitergehen an. Der Aufforderung des Vollstichten Führers soll R. nicht nur nicht nachgegeben sein, sondern sogar die Vermehrung befehlen haben, den Ordnungsbefehl so recht höhnisch arguzurufen und — die Hände in die Taschen zu stecken! Das wegen dieser einem preussischen Vollstichten angetanen Schmach die sofortige Verhaftung des Nachers erfolgte, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Das Kriegsgericht sah in dem Verhalten des R. eine Verhöhnung der Polizei und setzte eine Geldstrafe von 6 Mark fest wegen angeblicher Verhöhnung der Straßenpolizeiverordnung. Dem Anbaugebot sollte die angelegte Strafe zu gering, weshalb er Berufung einlegte. In der Verhandlung vor der Strafkammer meinte der Angeklagte, daß ihm keine Verurteilung bekannt sei, noch daß das Leben verboten sei, auch glaube er, seine Hände dürfen nicht in die Taschen zu stecken! Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Angeklagte durch das Nachen der Vollstichten habe reizt zu wollen, weshalb die Strafe dieselbe zu milde sei. Er beantragte, auf eine Geldstrafe von 30 Mark zu erkennen. Das Gericht empfand dem Antrages des Staatsanwalts auf Verhöhnung der Straße, erkannte aber nur auf 20 Mark Geldstrafe. Wo lachen darf der Mensch, daß nicht in Gegenwart eines Schutzmanns!

### Literatur.

**Das Werden im Weltall.** von Felix Finke (Halle a. S. 1911). Unter den bisherigen wissenschaftlichen Darstellungen des Deutschen Naturwissenschaftlichen Verbands nimmt dieses Buch einen hervorragenden Platz ein. Es ist von besonderem Interesse an sich, daß die Umstände, die die Welt entstehen lassen, den Leser in einen Kosmos mit bloßem Auge zu sehen bekommen werden. Felix Finke schreibt klar und verständlich für den Laien über die Ergebnisse der astronomischen Wissenschaft, er gibt uns eine populäre Astronomie in nice und macht uns auch mit den neuesten Theorien über das Entstehen des Weltalls bekannt, wobei das vordringend von dem gewöhnlichen schweiblichen Fortschritt der Wissenschaften aufgeführt eine Hauptrolle spielt. Nicht weniger als 44 technisch vollkommene angefertigte Abbildungen geben den Text der besonders auch für die Laien des wissenschaftlichen Naturwissenschaftlers von großem Interesse ist.

Verantwortlicher Herausgeber: Robert Mühlert. — Druck und Verlagsanstalt: C. G. Schwabe & Co., Leipzig. — Preis 1/2 Mk. — Bestelldruck: C. G. Schwabe & Co., Leipzig. — Preis 1/2 Mk. — Bestelldruck: C. G. Schwabe & Co., Leipzig.



## Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Scharmacher im Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe sinnen wegen der vielfachen Nichtbefolgung des Aussperrungsbeschlusses auf Repressiv-Maßregeln. Am Montag Nachmittag fand in Dortmund eine Sitzung des sogenannten Vorstandsrates des Arbeitgeberbundes im Baugewerbe für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet statt, die von etwa 150 Personen besucht war. Die Herren beschäftigten sich vorwiegend mit der Erörterung von Maßnahmen gegen diejenigen Unternehmer, die als Mitglieder des Verbandes den Aussperrungsbeschlüssen nicht nachgekommen sind. Schließlich wurde beschlossen, — um ein Exempel zu statuieren — jedes Mitglied, das entgegen den Verbandsbeschlüssen arbeiten läßt, in eine Strafe von 10 Mark pro Tag und Mann zu nehmen! Im übrigen redeten sich die Herrschaften gegenseitig Mut zu.

## Den Bauunternehmern ins Stammbuch!

Ein vernünftiges Urteil über Tarifverträge, das sich die Arbeitgeber des Baugewerbes hinter die Ohren schreiben können, fällt der frühere Handelsminister Freiherr v. Berlepsch über den Tarifabschluß im Holzgewerbe in einem Briefe an den Vorstand des Holzarbeiterverbandes. Erinnerung werden muß zum besseren Verständnis des Briefes daran, daß die Leitung des Holzarbeiterverbandes in Gemeinschaft mit der Arbeitgeberorganisation Herrn von ... erachtet hatte, das Schiedsgericht zu übernehmen. Das Schiedsgericht wurde ... abgelehnt, und gelang es dann ... zu einer Einigung zu kommen. Der Brief lautet:

Seebach, Mostergut, den 21. April 1910.

Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und des Arbeitgeberschutz-Verbandes

Berlin.

Für die erfreuliche Mitteilung vom 15. d. Mts. spreche ich Ihnen meinen ergebensten Dank aus. Ich habe mit Spannung die letzten Vorgänge in ihrer Tarifbewegung verfolgt und mich über jeden Fortschritt nach dem Ziele einer Einigung hin aufrecht gefreut. Daß es den Bemühungen der Zentralvorstände gelungen ist, ohne Schiedsgericht zu einer Erneuerung der Tarifbewegung im Holzgewerbe zu gelangen, halte ich für ein großes Glück und für einen bedeutsamen Schritt in der deutschen Tarifbewegung. Ich habe es bereits früher zum Ausdruck gebracht, daß ich ein Schiedsgericht immer nur für einen Notbehelf halte, dem die Vereinbarung der Parteien bei weitem vorzuziehen ist. Der durch Ihre Bemühungen erlangte Erfolg berechtigt zu der Hoffnung, daß das Schiedsgericht auch in Zukunft der direkten Verständigung weichen müssen. Das freut mich nicht wegen Erspahrung der Mühe, die mir eventuell als Schiedsrichter verursacht worden wäre, und die ich mit Freude übernommen haben würde, sondern der großen Sache wegen, die ich, wie jeder verständige Mann, dem Fortschritt des Tarifwesens zuerleihe. Abgesehen davon, daß die nun vor mir gestellte Zeit immer mehr gelassen, dem Gedanken des Tarifvertrages Eingang zu verschaffen, und die Organe und Instanzen zu sichern, die zur Erneuerung und Erhaltung der Verträge notwendig sind.

Ich bleibe zu jedem Dienste bereit, den Sie etwa in der Zukunft verlangen werden und zeichne in vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebenster

H. Freiherr von Berlepsch.

Das Prozedurum, auch in Breslau, kann nicht besser an den Branger gestellt werden, als durch solche Urteile unparteiischer Beobachter.

## Arbeitshandinsassen als arbeitswillige Bauarbeiter.

In Eisenach werden auf den Baustellen einiger Scharmacher Insassen des Arbeiterhauses beschäftigt. Bei früheren Ge-

legenheiten war schon von der Eisenacher Arbeiterschaft energisch gegen die Beschäftigung von Arbeitsinsassen in gewerblichen Betrieben protestiert worden. Dabei wurde verprochen, solche Beschäftigung außerhalb der Anstalt werde nur dann erfolgen, wenn die betreffende Arbeit nicht oder nur ungern von den freien Arbeitern besorgt werde. Man darf begierig sein, was die weimarische Regierung auf die eingereichte Beschwerde zu sagen haben wird.

## Breslaner Nachrichten.

Breslau, den 28. April.

### Geschichtskalender.

29. April.

- 1806 Der Arzt und Dichter Ernst Freiherr von Feuchtersleben in Wien \*
- 1824 Der Dichter Emil Brachvogel in Breslau \*
- 1842 Der Komponist Karl Millöcker in Wien \*
- 1883 Schulze-Devilich in Potsdam \*

### Auf nach Morgenau!

Das ist also die Parole, die für die Maifeier am Sonntag ausgegeben worden ist. Auf nach Morgenau! Das Wort hat einen guten Klang. Es werden deshalb viele, viele Tausende am kommenden Sonntag dieser Parole folgen. Männer, Frauen und Kinder. Denn es nur einigermaßen die Witterung erlaubt, sollte niemand zu Hause bleiben. Die Polizei hat uns den Wagnis durch die Stadt verboten, deshalb ziehen wir zur Stadt hinaus; das kann niemand verhindern, so wenig man den Umgang des Kometen verbieten kann.

Auf nach Morgenau! Das ist diesmal unsere Maifeier. Unter den schalligen Tönen der Gärten von Lampner, Sindermann und Kober werden wir uns der frischen Luft freuen, unsere Kinder kummeln, unseren Arbeiterjüngern lauschen und von unseren Mat-Jedeln, von unseren Mat-Forderungen und von unseren Mat-Hoffnungen plaudern.

Was dort draußen, fernab vom Getriebe der Großstadt, sonst noch alles geplant ist, erfahren die Teilnehmer an der Maifeier an Ort und Stelle. Es ist nicht gut, es der Polizei allzuleicht zu rauchen und ihr alles auf die Nase zu binden. Und da unsere Genossen seit Wochen auf die Mat-Parole gewartet, sich also für den Nachmittag des ersten Maiensonnens nicht anderes vorgenommen haben, zweifeln wir nicht daran, daß sie vollzählig „mit Hund und Regel“ zur Stelle sein werden.

Der Gintweg beginnt beim Zählabend-Vokal und zwar um 2 Uhr. In losen Gruppen wandert man hinaus: Und sieht man einen Schutzmann stehen, beißt man sich, auseinanderzugehen.

Die Feier im Gewerkschaftshaus beginnt um 11 Uhr und endet um 11 Uhr.

Noch zwei Tage trennen uns vom Maiensfest der Arbeit. Benütze jeder und jede die Frist, alle Freunde, Bekannten, Genossen und Genossinnen für Sonntag Nachmittag mit der Parole bekannt zu machen:

Auf nach Morgenau!

Wo treffen wir uns? In den Zählabend-Vokalen, von wo auch die Berliner Genossen ihren Spaziergang nach TrepLOW unternehmen. Die Lokale sind folgende:

- District 1 (Gahlig) Kronbrünnenstraße 44.
- 2 (Zauerbrunnen) Wiltostraße 34.
- 3 (Gräblich, West) Gräblichstraße 74.
- 3a ( : : ) Luisenstr. 13.
- 3a ( : : ) Siebenhüfenerstr. 19.

- District 4 (Nikolaivor) Berliner Chaussee 88.
- 4 ( : : ) Märkisch-str. 99/98.
- 4 ( : : ) Leuthenstr. 12/14.
- 6 ( : : ) Hilberndorferstr. 28.
- 7 ( : : ) Westendstr. 26.
- 7 ( : : ) 58.
- 7 ( : : ) Leuthenstr. 62.
- 7 ( : : ) Posenerstr. 61.
- 8 (Oberior) „Ballhof“, Schießwaidplatz.
- 8a ( : : ) Matthiastr. 140.
- 9a ( : : ) Rosenstr. 20a.
- 10 (Sandtor) Delsenerstr. 8.
- 11 ( : : ) Michaelisstr. 26.
- 12 (Schreitniger Tor) Vaulstr. 42.
- 13 ( : : ) Firlstr. 68.
- 14 (Dhlauer Tor) Königsgrabenstr. 10.
- 15 ( : : ) Gewerkschaftshaus.
- 16 (Strehleiner Tor) Hubenstr. 80.
- 16a (Böhrauer Tor) Böhrauerstr. 70.
- 17 (Schweidniger Tor) Lobestr. 58.
- 17a ( : : ) Rendorferstr. 65.
- 18 ( : : ) Reserberg 7.
- 19 ( : : ) Kuppferhübelstr. 21.

### Ein Kultur-Dokument.

Just zu der Zeit, da in ganz Deutschland und weit darüber hinaus sich alle Kulturmenschen über den Kampf gegen den Schnaps herzlich freuen, da sogar unsere Gegner, soweit sie nicht Stalknackel der Junker sind, uns ob dieses Kampfes gratulieren, verfiel in Breslau die Polizei und das Amtsgericht: Plakate mit der Aufschrift: „Trinkt keinen Schnaps!“ dürfen nicht gezeigt werden!!!

Wir sind überzeugt, daß uns tausende von Lesern das nicht glauben werden. Offen gestanden: Wir würden es auch nicht glauben, wenn wir den Beweis nicht in Händen hätten. Hier ist dieser Beweis:

Ein Breslauer Abkömmling aus der bürgerlichen Anti-Alkoholbewegung erhielt folgenden

### Strafbefehl.

Auf den Antrag der Königlich-Landesanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verhöhnung: (Sie haben am 13. März 1910 in Breslau ein Plakat, welches einen anderen als den gesetzlich zulässigen Inhalt hatte, nämlich die Aufschrift: „Trinkt keinen Schnaps“, darunter die Zeichnung einer Flasche, öffentlich ausgestellt, indem Sie dieses an einem Stock angeheftete Plakat auf einem Mäde jahres trugen.) — Uebertretung gegen § 9, 41 des Preussischen Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851, wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Zeugnis 1. des Polizeiwachmeisters Fiebig, 2. des Schutzmanns Landwer, 3. Ihr Geständnis, eine Geldstrafe von 6 — sechs Mark — und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 3 — drei Tagen — festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Man wird sich halb schämen müssen, in Breslau zu sein. Denn außerhalb des Reichs derer, die die Breslauer Polizei dürfte so etwas in Europa nicht mehr möglich sein. Wir sind überzeugt, daß das morgen in der gesamten nichtjunkerischen Presse konstatiert werden wird — wenn man es nicht vorziehen sollte, mitleidig die Achseln zu zucken oder in ein hämerisches Gelächter einzustimmen ....

Noch ein Kultur-Dokument. Der Regierungs-Präsident in Breslau heißt das Vorgehen der Polizei ausdrücklich gut. Er schreibt:

Auf Ihre Beschwerde vom 22. März d. Js. über das vom Herrn Polizeipräsidenten hier selbst erlassene Verbot des Herumtragens Ihres Plakats am Sonntag den 13. v. Mts. und die Durchführung dieses Verbots gerichte Ihnen zum Be-

## Die Maifeier im Landkreis Breslau

findet Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr in folgenden Lokalen statt: 1. Böpelwitz bei Hanuschel, früher Weiße, 2. Klein-Gandau bei Dürrwanger, 3. Stabelwitz bei Weidner, 4. Oltaschin bei Müller, 5. Sachwitz bei Gäse. Die Veranstaltungen bestehen in einer Festrede, in Gesangs-, rhapsodischen und turnerischen Aufführungen, sowie Kinderbelustigungen und Tanz.

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine Lokomotive mit 28 Rädern. Aus New York wird berichtet: Mit der neuesten Lokomotive, die nun für die Atchafalaya- und Santa Fe-Eisenbahn gebaut worden ist, haben die amerikanischen Ingenieure ein Meisterstück vollbracht. Denn diese gewaltige Maschine ist wohl die größte der Welt; sie wiegt ohne Tender nicht weniger als 4020 Zentner, zusammen mit dem Tender sogar 7000 Zentner. Der Tender ist imstande, 4000 Gallonen Petroleum für die Feuerung und 12.000 Gallonen Wasser für den Kessel mitzunehmen. Diese Riesenzuglokomotive läuft auf 28 Rädern. Aber ihre Bedeutung für den Eisenbahnbetrieb liegt nicht nur in der kolossalen Kraftentfaltung, deren diese Lokomotive fähig ist. Bei den alten Lokomotiven entweichen durch den Schornstein gewaltige Mengen, die nutzlos in die Atmosphäre ausgehen. Die neue amerikanische Maschine ist so konstruiert, daß die Heißluft der entweichenden Gase ausgenutzt wird; die Abgasrohre sind so angelegt, daß die entweichende heiße Luft zugleich wieder zur Heizung des Kessels beiträgt. Welche gewaltigen Einsparungen damit fruchtbar gemacht werden, zeigt sich daran, daß der Verbrauch an Heizungsmaterial eine Ersparnis von nicht weniger als 50 Prozent ergibt. Die Maschine ist imstande, einen Zug von 1000 Wagen zu ziehen.

## Aus aller Welt.

War das nötig? Man schreibt der „Berliner Volks-Zeitung“ aus Kiel: Höchst eigenartig nimmt sich ein Nachruf aus, den der Kommandant des Linien-Schiffes „Zähringen“ einem Opfer des jüngsten Unfalles an Bord widmet. Als drei Leute durch die herabstürzenden ersten Kohlenkörbe verletzt wurden, sprangen sie sofort zu Raat und mehrere andere Mannschaften zu Hilfe, von denen nimmere durch die nachstürzende Kohlenlast hier gleichfalls, teilweise schwer, verletzt worden. Der Chef der Hochseeflotte nahm Veranlassung, den Beteiligten für ihr die Gefahr mitachtendes Eintreten für ihre Kameraden seine Anerkennung auszusprechen. Einer von ihnen gelang leider seinen bei dem Rettungswerke erlittenen schweren Verletzungen, und nun verhoffentlich der Kommandant unter dem 25. April folgenden Nachruf:

„Bestenfalls der Witwe 2. Klasse E. G. an den Verletzungen, die er bei dem Versuch der Bergung verunglückter Kameraden erlitten. Sein Tod ist seine frühere Verfehlung.“ Deshalb Ehre seinem Andenken.“

Wenn der Kommandant des Linien-Schiffes für den Toten, der sein Leben für seine Kameraden dahingelassen, keinen takvolleren Nachruf erkennen konnte, dann wäre er den Andenken des Verstorbenen gerecht geworden, wenn er lieber keinen Nachruf verfaßt hätte! War es nötig, dem Menschen noch übers Grab hinaus öffentlich seine Verfehlung anzukündigen?

Die Unfallstelle des „B. II“ ist jetzt vollständig abgeleert und wird streng bewacht, da die zahlreich in Pommern ein- und ausgehenden fremden Raubzüge auf das Aufschwimmen unternehmen, um Aluminiumteile und Stoffen als Andenken mitzunehmen. Graf Zepelin hat dem Kriegsminister sein Beileid an dem Unglück des „B. II“ ausgedrückt und für die Bergungsarbeiten geschultes Personal angeboten, die Mit Hilfe wurde jedoch abgelehnt. Graf Zepelin wollte auch gerühmte Techniker und einen erprobten Führer für die Parabelarbeit zur Verfügung stellen. Auch das hat man an leuchtender Stelle mit dem Hinweis abgelehnt, daß man selbst Kräfte zur Verfügung habe und auf die Mithilfe von geliebtem Personal verzichten könne. Die Meldung mehrerer Blätter, daß der Graf an der Unfallstelle in Wellburg eingetroffen sei, ist also nicht richtig.

Schon wieder von den Rosen beschossen. Die Berliner Herren v. Fing, Weber, Reimann und Blume sitzen am Sonntag mit dem Luftschiff bei Dresden um 7 Uhr Abends auf. Die Fahrt führte, zu berichten ein Teilnehmer der Fahrt der „Täglichen Rundschau“, bei herrlichem Vollmondlicht über das Lausitzer Gebirge, an Gottleib und Burglau vorbei und unterhalb Groß-Glogau über die Ober. Bald nach Sonnenaufgang wurde die Fahrt überflogen und um 6 Uhr Wreschen. Nun kamen wir wiederholt an die russische Grenze, aber in vorzüglicher Höhe von über 2000 Metern, da uns wiederholte Schüsse der Grenzschutz beglückten. Nach Passieren der Weichsel türmten sich drohende Wolken über und besonders unter uns auf. Als dann auch heftige Wetterregen einsetzten, landeten wir nahe Bawerwitz bei Bischofswerder in Westpreußen.

Der Schützen - von oben. Eine häßliche Episode hat sich bei der Fahrt des „P. II“ bei Bingen abgepielt. Unweit von Gaud sel auf einem Schlepptage des Schiffers Mundschent in Bingen

von dem Passanten ins Schiff ein sechs Pfund schwerer Schinken auf das Schiff. Der Hund des Schiffers erbeutete den Lederbissen sofort, worauf auch die Schiffskleute darauf aufmerksam wurden. Das Schiff hatte das Erscheinen der Luftschiffe durch Böllerschüsse begrüßt, vielleicht wurde ihm als Dank dafür der saftige Schinken beschied.

Woh probeweise geheiratet? Wie aus hochkarigen Kreisen, die darüber wohl informiert sein könnten, mitgeteilt wird, soll Vater Bruno Uracher seine vor kurzem eingegangene eheliche Verbindung wieder gelöst haben und reumütig in ein Kloster zurückgekehrt sein. Nach dem bestehenden kirchlichen Vorschriften dürfte Uracher aber nur in einem strengeren Orden als jenen der Kapuziner eingetreten sein. Es scheint, der Herr hat den neuen Sünder nur erlunben, um die Macht der heiligen Kirche zu glorifizieren.

Ein Tirolerdorf niedergebrannt. Das Alpenort Jare bei Sione in Südtirol ist, wie uns ein Telegramm aus Innsbruck meldet, durch eine Feuersbrunst bis auf die Asche und zwei Häuser eingestürzt. Über 40 Gebäude sind zerstört; der Schaden ist sehr bedeutend. 120 Familien sind obdachlos.

Von einem Schwein zerrissen. In Nagyközség spielte der dreijährige Bursche Stefan Magyar viel mit Spanferkeln. Das Mutter Schwein, hierüber erbost, zerriß den Burschen förmlich in Stücke.

Am Grabe der Gattin vergiftet. Auf dem Zentralfriedhof in Weiskirchen hat sich am Grabe seiner vor langer Zeit verstorbenen Gattin der Maler Schrod aus Berlin, verurteilt aus Gram über den Verlust seiner Gattin, vergiftet.

Eine moderne Arche Noah. Mit einer Ladung lebender Tiere, wie sie in gleicher Größe und Mannigfaltigkeit wohl selten beschickt wurde, ist der von Mailand kommende Dampfer „Brassila“ in Marseille eingetroffen. Das Schiff überbrachte 5 Elefanten, 4 Leoparden, 17 Ferkel, 9 Giraffen, 22 Affen, 51 Strauße, 2 Antilopen, 19 Schafe, 1 Giraffe, 8 Pferde, 8 Geiß, 2 Adler und 104 andere Vögel, insgesamt also 448 lebende Tiere. Die ersten Exemplare waren in Colombo, die übrigen in Verona, Dindwil und Port Said an Bord gekommen. 24 Affen, 14 Hämmer und 8 Hiegen hatten während der Ueberfahrt den Tieren zur Nahrung gedient. Begleitet wurde der Tiertransport, der für die Firma Harward bestimmt war, von zwei Europäern, einem Singalesen, 13 Indiern und 40 Somali. Sämtliche Tiere konnten in Marseille gesund gelandet werden.



**Ein Bankier, der sich nach dem Buchstaben richtet.** Unter der nicht gerade zutreffenden Ueberschrift: „Der Buchstabe des Gesetzes“, schreibt die „Pres. Ztg.“:

Eine hiesige Frau war vor Jahren von ihrem Manne verlassen und dadurch in die harte Notwendigkeit versetzt worden, sich für sich zu sorgen, da sie weder Vermögen besaß, noch Verwandte, die sie hätten unterstützen können. Als eifrige und resolute Frau schaffte sie unverdrossen, und es gelang ihr, sich nicht nur ihren Unterhalt zu erwerben, sondern auch regelmäßig etwas zurückzuliegen. Jedesmal, wenn das Einkommen auf 50 Mark angewachsen war, trug sie es in ein Bankgeschäft, wo man es ihr besser verzinslich, als auf der Sparkasse, ihr Depot nahm von Jahr zu Jahr erfreulich zu, und jetzt beträgt es so viel, daß sie damit wohl ein eigenes Geschäft in bescheidenem Umfange betreiben könnte.

Dazu entschloß sie sich auch, aber als sie an die Ausführung gehen wollte, rief sie auf ein ganz unerwartetes Hindernis. Der Bankier erklärte ihr nämlich, daß er ihr das Geld nur herausgeben könne, wenn sie ihm die schriftliche Einwilligung ihres Mannes bringe, denn nach dem B. G. B. stehe dem Ehemann das Recht der Ausübung und Verwaltung an dem Vermögen seiner Ehefrau zu, und ohne seine Genehmigung könne sie nicht darüber verfügen. Das war nun ein harter Bescheid für die arme Frau. Ihr Mann war seit Jahren verschollen, vielleicht gar schon gestorben und verstorben; jedenfalls war sie außer Stande, von ihm das verlangte Dokument zu erhalten, und sah sich in der traurigen Lage, ein erspartes Kapital zu besitzen, und es doch nicht gebührend verwerten zu können. Allerdings gilt das, was die Frau durch gewerbliche Tätigkeit erwirbt, als vorherhaltenes Vermögen, über das sie frei verfügen kann. Aber sie konnte dem Bankier nicht nachweisen, daß die Beträge, die sie ihm nach und nach gebracht, stets von ihr durch gewerbliche Tätigkeit erworben waren, und so erklärte er, bei seiner Weigerung bleiben zu müssen. („Müssen“ ist gut! Res. S. 2.) Sie hat nun den Rechtsweg beschritten und ihn auf Herausgabe ihres Depots verflucht. Der Prozeß, der gegenwärtig beim hiesigen Landgericht schwebt, wird jedenfalls durch alle Instanzen gehen.

Wie werden nicht verfahren. Sie erbat die Zurückgabe ihres Depots mittelst, jedoch sie gefaßt sein wird. Denn da es sich um ein wirtschaftliches Verhältnis recht viele Frauen in gleicher oder ähnlicher Lage befinden, wird sie von großer Bedeutung sein.

Es ist gewiß richtig, daß das Gesetz auch hier zum Anknüpfen wird. Aber das wesentlichste an der Sache erscheint uns, im Gegensatz zur „Pres. Ztg.“, das Verhalten des Bankiers zu sein, der das Geld nicht herausgeben will. Er darf es herausgeben, will aber nicht. Weshalb nicht? Nur aus Begeisterung für buchstabengenaue Auslegung? Diese Frage scheint uns einer Erörterung wert zu sein und es ist bedauerlich, daß die „Pres. Ztg.“ den Namen dieses Bankiers nicht mitteilt. Jetzt müssen alle in den Verdacht kommen, es zu sein.

Die Flugblattverbreitung im Hochsitz des Pfarrers Illgner, Brixelwitz, ging am Mittwoch abend von statten. Unsere „18 rote Adler“ wurden von der Arbeiterbewegung freundlich aufgenommen, nur der Pfarrer Klappke empfindet die Lure zu. Das Flugblatt war jedoch schon drin. Ein Wächtermeister, dem man fälschlicherweise gelogt hatte, die Flugblätter seien auf der Straße verteilt worden, stellte ein paar Verteiler zur Rede, doch waren die angeklagten Söhner nicht zu finden. Herr Pfarrer Illgner steht also, wenn er die Sonntag-Verteiler der Polizei anzeigt, da kommen die Roten an Wochentagen wieder, einschüchtern lassen sie sich nicht. Er sollte lieber Frieden schließen.

Die Bureau des städtischen Armenverwaltung 1, 1a, und 1b sind, wie uns geschrieben wird, seit Anfang April dieses Jahres in die ehemaligen Gebäude der Victoria-Schule am Ritterplatz verlegt worden, in dem durch Umbau und vor allem durch Erhöhung und Verbreiterung der Fenster eine große Anzahl heller, freundlicher Bureaumöbel geschaffen worden sind.

Bekanntlich werden im Bureau 1 interne Armensachen, in 1a die Personalien der Unterstützungsempfänger bearbeitet, während dem Bureau 1b die Ausführung der Bewilligungen und der Verkehr mit dem Publikum obliegt. Hier befindet sich auch die Hauptauskunftsstelle für den Hauptverband für Privatwohlfahrt, in dem alle Vereine, von denen private Wohlfahrt betrieben wird, zusammengeschlossen sind. Nur durch seine Inanspruchnahme dieser Stelle läßt sich der von Geborn und Empfängern gleich unangenehm empfundene Uebelstand vermeiden, daß die dreifach betriebene Professionsbeihilfe unterstützt wird, während die wirklich Bedürftigen leer ausgehen. Auch Anträge auf Unterstützungen müssen in diesem Gebäude abgegeben werden. Da die Orientierungstafeln für die Flure noch nicht fertig sind, so ist im Parterre-Flur ein Magistratsdiener postiert, der jedem Eintretenden Auskunft zu erteilen hat.

Im ersten Stock des Gebäudes liegen nach dem Plane zu die Amtszimmer des Dezernenten der städtischen Armenverwaltung, Stadtrat Peterson, und des Dezernenten der Legationskommission, Stadtrat Müller. Die große Aula des Schulgebäudes im gleichen Geschoss ist zum Legat-Verteilungssaal eingerichtet worden. Der schöne Saal hat hohe und breite Fenster, teils nach dem Platz, teils nach der Schulbrücke und ist mit einer langen Tafel für Kommissions-Sitzungen und zwei mächtigen Gasleuchtlampen in Aluminiumausstattung. Die Wände sind mit den Bildern der Legation geziert, die vor einiger Zeit auf Anregung des Stadtrats Müller ihren Platz in dem Räume der Legationskommission erhalten haben, soweit sie noch zu erlangen waren. Vom 8. Mai ab werden alle Legationsteilnehmer von dieser Stelle aus erfolgen.

In dem Gebäude befinden sich auch die Auktionshalle für Lumaentranke, für Alkoholtranke und des Bundes für Mutterhaus. Da bereits eine Anzahl Mietzimmern in dem nachtragmündliche Schulbrücke 36 zu Bureauzwecken für Zwecke der Armenverwaltung umgewandelt sind, und auch das Hof für Obdachlose, dessen Hinterfront an die des ehemaligen Schulgebäudes heranzieht, in absehbarer Zeit aus seinem bisherigen Platz verlegt werden soll, so ist anzunehmen, daß die Armenverwaltung für lange Zeit ihre Heimstätte in dem Gebäude gefunden haben wird. An dem oberen Geschoss befindet sich eine hochinteressante Festschrift über die frühere und heutige Bestimmung des städtischen Hauses eingeladen. Sie lautet in erheblicher Goldschrift: Haus der Oppelner Herzöge bis 1533. Rathaus von 1660 bis 1806. Victoria-Schule von 1851 bis 1909. Für die Armenverwaltung umgebaut 1909. Über diese Festschrift ist in farbiger Ausführung das Breslauer Stadtwaappen angebracht. Den Umbau hat Stadtbaumeister Delsner ausgeführt. In die leergebliebenen Räume im Stadthaus werden die Magistratsbureaus aus dem unzureichenden Mittelmann Platz 14 verlegt werden.

Der Willkomm-Besuch der Frau. Wie berichtet, besteht ein Streit zwischen der Frau-Jungfrau und der Mannesgesellschaft über das Eigentum an dem goldenen Willkomm-Besuch der Frau, der sich 3. im Bezirk der Gewerkschaft befindet. Auf Anregung des Magistrats, der die Befreiung begehrt, daß Beschäftigte ebenso wie der „goldene Dösel“ der Fleischwaren zu veräußert werden, liegt die Jungfrau gegen die Forderung des Besizers des Besuchs an für vor der vierten Kommission des hiesigen Landgerichts. Gehört wurde, wie die „B. W. Ztg.“ berichtet, erweist in der Angelegenheit verhandelt. Die Vertreter der Parteien erhoben in längeren Ausführungen das Eigentumsrecht an dem Willkomm für ihre Partei. Das Gericht beschloß, entgegen der beidenseitigen Beweisaufnahmen, die Vorlegung des einschlägigen

Magistratsakten (12 Bände), ferner der zwischen dem Magistrat und den Parteien geschlossenen Korrespondenz, sowie weiter die Vorlegung des Besuchs und eines Inventars der Gesellschaft vom Jahre 1918. Die eingehendsten Gegenstände sollen in der Verwahrung des Gerichts bis zum nächsten Termin bleiben, der auf den 28. Mai anberaumt wurde.

Die neue Straßenbahnstrecke Weiskensburgerplatz-Oberster wurde heute Vormittag landespolizeilich abgenommen und vom Regierungspräsidenten genehmigt. Die Eröffnung der Strecke geschieht am 1. Mai, früh 5 Uhr, woselbst der erste Zug vom Weiskensburgerplatz nach Dömitz geht.

Die Arbeiter-Versammlung, die für heute einberufen war, findet nicht statt, da erst morgen Abend die Protokolle des Gewerkschaftsvorstandes in den Händen der Parteien sein werden.

Die Buchhändler begaben das 25-jährige Bestehen ihres Verbandes durch eine würdige Feier, die am Sonnabend, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Parterre-Saal des Cafe Restaurant, Rautstr. 27, stattfanden. Die Festsprache über das Thema: „25 Jahre Kampf und Arbeit“ hielt Genosse Albert. Althaus und Fräulein Käthe Joachimsohn dem Tode entsprechende Trug- und Festgedichte rezitierten. Ein Langrhythmus wies die Feier beschließen. Der Eintritt ist frei.

Städtische Milchfächer. In den 5 Apotheken, in denen auf ärztliche Verordnung des Hausarztes oder für minder Vermittelte der Milchfächer (Milchfächer) trinkfertige Säuglingsnahrung verabfolgt wird, tritt am 1. Mai 1910 noch die Apotheke zur Fortune, Schodstraße 8, als Ausgabestelle hinzu. Ausgabegzeit Morgens von 8 1/2 bis 10 Uhr.

Abdlicher Unglücksfall. Am Dienstag Nachmittag kurz nach 5 Uhr waren 7 Gartenarbeiter an dem Bollgebäude auf der Tiergartenstraße damit beschäftigt, eine schwere Zementwalze, die sie aus dem Scheitniger Park geholt hatten, nach dem am Bollgebäude eingerichteten Lawn-Tennisplatz zu schaffen, um den Platz glattzuwalzen. Sechs Arbeiter zogen an Stricken die Walze and der siebente lenkte die Deichsel. Als die Männer mit der Walze von der Straße nach dem Platz abbogen, geriet die Walze auf dem abschüssigen Gelände ins Rollen, der Deichselleiter ließ infolge eines Ruckes der Deichsel diese fallen, wodurch einer der an den Stricken stehenden Männer, der ganz nahe an der Deichsel stand, zu Fall kam und von der herabstürzenden Walze überfahren wurde. Der Verunglückte, Gartenarbeiter Hermann Gottschalk aus Grünzich, wurde sofort in die Chirurgische Klinik geschafft, wo man Beckenbruch und schwere innere Verletzungen feststellte, an denen Gottschalk in der Nacht gegen 11 Uhr verstorben ist. Der 43 Jahre alte Mann hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Wermittelt wird seit dem 25. d. M. die Arbeiterin Emma Hoffmann, die Schweigenstraße 12 wohnhaft gewesen ist. Das 28 Jahre alte Mädchen ist 1,60 Meter groß, hat hellblondes Haar, grüne Augen, schledte Zähne und an der rechten Halsseite ein Mal. Sie war bekleidet mit blauem Rock, rotgeprägelter Bluse, schwarzem Winterjackett, weißem Strohhut mit weißem Seidenband und roten Rosen, trag schwarze Strümpfe und Knöpfschuhe.

Was die Polizei nicht sieht. Der Polizeibericht meißel: „In der Nacht zum 24. d. M. um etwa 2 1/2 Uhr ist wieder von einem roten Gemälen an dem Grundstück Matthisstraße 149 der dort angebrachte Feuerwehler unvorsichtig eingeschlagen und die Feuerwehler unvorsichtig alarmiert worden. Personen, die irgendwelche Angaben zur Ermittlung des Täters machen können, werden um Mitteilung im Zimmer 54 des Polizeipräsidiums ersucht.“ — Weshalb wohl mag die Polizei niemals diese Vorfälle erwischen? Und nur ein Narr wartet auf Antwort!

Leichtsinneige Raubfahrer, die nicht auf die Räder aufpassen, gibt es nach wie vor — trotz aller Warnungen. Heute meißel schon wieder der Polizeibericht folgende Fahrraddiebstähle: In den letzten Tagen sind folgende benannte Fahrräder gestohlen worden und zwar wiederum in der Weise, daß der Dieb sein altes Fahrrad an Stelle des gestohlenen neuen zurückgelassen hat: Herrentrad Fahrrad Nr. 284.283, Verpfer Nr. 210.522, Weil Nr. 42.516, Kaufverwehle Wobell 80 Nr. 71.147, Germania Nr. 119.505, Eminent Nr. 58.064. Ferner ist mittlere Einbruch in einen Keller am 22. d. M. ein Verrentad Delan Nr. 111.281 entwendet worden. — Beschlagnahmen wurden mehrere, zweifei os von Diebstählen herabstehende Fahrräder, an denen der Dieb Marke und Nummer entfernt hat. Personen, denen Fahrräder gestohlen sind, wollen sich daher im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums melden.

Freie Spitzbuben. Als am 22. d. M., etwa 7 1/2 Uhr Abends, eine Frauensperson auf der Höfchenstraße durch eine Drochle überfahren wurde, leistete der Verunglückten eine vorübergehende Frau Hilfe und legte dabei ein Paket, das sie trug, auf die Straße. Dieses Paket aber, das 64 Meter weisse Wall, 27 Meter blau- und weißgestreiften und 27 Meter weissen Muffel und 1,50 Meter weissen Spitzenstoff enthielt, war in dem Menschengebränge von einem Langfinger entwendet worden und die hilfsbereite Frau suchte vergebens danach. Personen, die zu der Zeit an der Unfallstelle waren oder sonst irgendwelche Angaben zur Ermittlung des Diebes oder der von ihm entwendeten Gegenstände machen können, werden ersucht, sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu melden.

Geizhalsen wurden ein Paar Lumschiffe in schwarzem Teint, drei goldene Halsketten mit Anhänger, ein Schlüsselbund, ein brauner Lederbeutel, ein Traroring, ein Spargelstod, zwei goldene Ringe, ein vernickeltes Hundehalsband mit Steinemerk, ein Kinderfettensarmband und ein Portemonnaie mit Inhalt.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Kattowitz, 28. April. Abdlicher Unglücksfall. In der Piegellei der Diebgrube kam eine junge Piegellei Arbeiterin auf ärztliche Weise ums Leben. Sie verstaubte sich am Dien ihre nässen Kleider zu trocknen. Gel es, daß sie zu nahe an die Feuerung herantrat, sei es, daß eine Flamme durch den Ofen schlug, kurz — die Kleider fingen Feuer und brannten lichtlos. Verbleibende Arbeiter wählten zwar den Brand, die Unglückliche hatte aber bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie im hiesigen Krankenhaus verstarb.

Kattowitz, 28. April. Platinbiebstahl auf der Donnerswarte. In der Nacht zum Montag wurde in das Laboratorium der Donnerswarte eingebrochen und für 1400 Mt. Platingeschichten gestohlen.

Wiesbaden, 28. April. Die Bardenzen danken im Stadteil Veranstaltung Nacht einige bekannte Musikanten. Die dort während der Veranstaltung auf der Lohstraße aufgestellten Bardenzen und Lagerstätten wurden angezündet; die Musikanten wurden nicht mehr als 24 Scheiben ein, 4 Feuerlöscher wurden abgehoben und beschlagnahmt. Auch zahlreiche Dreier wurden losgerissen und zertrümmert.

### Neueste Nachrichten.

Das Zentrum und der Staatsrechts-paragraph.

Bonn, 28. April. In der Sitzung des „Verl. Volks-K.“, daß das Zentrum gegen den Staatsrechtsparagraphen stimmen werde, bemerkt die „Alldeutsche Volkszeitung“ in ihrer Wochenabgabe vom Mittwoch:

Diese Meldung eilt den Lesern her voraus. Die Zentrumsfraktion hat in der Frage noch keine Stellung genommen, doch dürften die Debatoren gegen die Beschäftigung der Staatsrechtsparagrafen in der vorgeschlagenen Weise auch in der Zentrumskammer durchzusetzen.

### Das Ehrenamt.

Berlin, 28. April. Der Abg. Ergberger tritt in der „Germania“ den Darstellungen aus dem Zentrumslager entgegen, daß er seinen Antrag in der Budgetkommission ohne Vorwissen der Fraktion eingebracht habe. Insbesondere beruft er sich auch auf die Finanzkapazität der Fraktion, dem Abgeordneten Müller-Fulda. — Der wird ihn auch abhürten.

### Zeppelin II und der Reichstag.

Berlin, 28. April. Der Unfall des Zeppelin II soll im Reichstag zu eingehender Debatte kommen. Die Sozialdemokraten wollen eine Interpellation darüber einbringen. Es verlautet außerdem, daß der Reichstagler dem Hause aus eigenem Entschluß eine genaue Darstellung des beklagenswerten Unfalls angehen werde.

### Keine Ausperrung.

Bremen, 28. April. Die Arbeitgeber im Bau- und Gewerbe beschlossen in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung mit 118 gegen 91 Stimmen, von einer Ausperrung abzusehen.

### 200 Vergleite in der Grube eingeschlossen.

London, 28. April. Etwa 200 Grubenarbeiter sind auf dem Grunde der Syng-Debarvic-Kohlengrube eingeschlossen. Infolge Bruches eines Kabels ist der Schacht durch zwei mit Kohlen beladene Förderer klemmt verstopft. Man ist jetzt damit beschäftigt, einen neuen provisorischen Förderer in einen bereits verlassenen Schacht, der 2 Kilometer von der Unfallstelle entfernt liegt, einzubauen, um zu versuchen, die Eingeschlossenen durch diesen Schacht zu befreien.

### Suffragetten.

London, 27. April. Die Suffragetten Parlane und Graham White steigen heute auf, um sich um den von einem englischen Blatte gestifteten Preis von 10.000 Pfund Sterling für einen Flug von London nach Manchester zu bewerben. Parlane verließ London bei 6 Uhr 22 Minuten Nachmittags, trat in die Londoner Reichsbildungszone ein und startete sodann zum Preisfluge. White flog innerhalb des Reichsbildungszone von London auf und startete 6 Uhr 22 Minuten.

London, 27. April. Parlane ist nach Durchflug von 120 (engl.) Meilen bei hereinbrechender Dunkelheit um 8 Uhr 10 Minuten in Rishfield niedergegangen. White landete in Northampton nach einem Flug von 68 (engl.) Meilen. Die Distanz London-Manchester, die 184 (engl.) Meilen beträgt, muß binnen 24 Stunden zurückgelegt sein. Es sind höchstens zwei Zwischenlandungen gestattet.

London, 27. April. Parlane ist heute früh 4 Uhr 9 Minuten von Rishfield aufgekliegen, hat um 4 Uhr 40 Minuten Stafford passiert und ist um 5 Uhr 30 Minuten in Manchester eingetroffen. Graham White ist um 2 Uhr 50 Minuten von Northampton wieder aufgekliegen, passierte um 3 Uhr 30 Minuten Rugby und ist später in Bolesworth, zehn Meilen von Rishfield, wieder niedergegangen. Wie „Daily Chronicle“ berichtet, hatte White ein Automobil mit flack leuchtenden Laternen mitführen lassen, das den Weg anzeigen sollte.

### Der Albanienkrieg.

Saloniki, 26. April. (S. L. S.) Die Situation im Albanien-Gebiet bleibt hochernst. Es ist den Truppen nicht gelungen, nennenswerte Vorteile zu erringen. Alle strategisch wichtigen Punkte sind von starken Armanen-Abteilungen besetzt. Ein in der Nähe von Pristina abgehaltenes Albanien-Meeting beschloß, einen Antrag zu erlassen, in welchem alle waffenfähigen Albanien aufgefordert werden, sich der Aufständebewegung anzuschließen. Ebenso wurden die Gemeinden aufgefordert, alle verfügbaren Waffen und Munition an die Aufständischen zu liefern. Auch die Albanien-Frauen flüchten sich in den Dienst der Sache und leisten wichtige Dienste. Die höchste Nacht der Albanien steht in Ribari.

Berlin, 28. April. Für die Berliner Schlichtung ist dem „Verl. Tagebl.“ zufolge vom Minister des Innern die Genehmigung einer Dringliche von jährlich 800 Mark genehmigt worden.

Bremen, 28. April. Die Lehrer-Mäzeregungen in Bremen geben weiter. Vorlesen und gestern wurden hier wiederum einige Lehrer vernommen.

Köln, 28. April. Ein Remscheid Baumeister geriet in Köln in eine zweifelhafte Gesellschaft. Mehrere Strolche plünderten ihn am Rhein aus, brachten ihm mehrere Stiche bei und warfen ihn alsbald in den Rhein. Der Unglückliche schwamm rheinabwärts bis Wiffelheim, wo ihm Hilfe gebracht wurde. Man schaffte ihn in ein Hospital. Von dem Besagten hat man bisher keine Spur.

Wien, 28. April. Heute um 6 Uhr Abends werden die Ungarischen und Bedienten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft auf der Straße Regensburg-Galaz mit vier von dem österreichischen Schiffsverkehrsverband angeforderten Personen begginnen, wenn bis dahin die Forderungen der Angestellten nicht erfüllt sind.

Wabris, 28. April. In dem Hellengefängnis von Mexico haben zwei zum Tode verurteilte Gefangene versucht, dadurch zu entkommen, daß sie durch Dynamit die Mauern ihrer Zellen zerstörten.

### Wasserstandsberichte der Ober.

Ort	Wasserstand	Höhe	Reife		Beleg		Dresden		Bemerkung		
			1910	1909	1910	1909	1910	1909			
28. 4.	1,82	2,15	1,84	1,92	4,60	3,45	11,25	10,02	-1,13	0,78	
27. 4.	1,81	2,10	1,81	1,80	4,61	3,44	11,26	10,01	-1,14	0,91	1,46
Werra	1,80	2,10	1,80	1,80	4,61	3,44	11,26	10,01	0,14	1,81	1,76

7) Kattowitz: 1. Reizung 3,50; 2. Reizung (Dresd.) 1,50; Reizung 3,25

### Bersammlungen und Vereine.

#### Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 28. April: Arbeiter-Gewerkschaften. Gedächtnisfeier für die im großen Saale. Gebot werden zum 1. Mai: „Gute ist kein“, „Druck ist alles so prächtig“, „Schönlücher Banden“. Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr Sitzung, Zimmer 5, Unterstadt Zimmer 3 4. Mittwoch, den 29. April: Sozialdemokratischer Verein. Vorkonferenz von 8 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7. Freigeblicher Unterricht, Abends Punkt 8 Uhr im Villardzimmer.

Freitag, den 29. April: Gewerkschaftshaus. Abends 8 1/2 Uhr: Unterricht im Zimmer 5.

#### Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Donnerstag, den 28. April, Abends 7 Uhr: Abrechnung und Vorstands-Sitzung. Samstag, den 5. Mai, Abends 7 Uhr: Vorstandssitzung. Sonntag, den 7. Mai, Abends 7 Uhr: Vorstandssitzung. Montag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Dienstag, den 9. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Mittwoch, den 10. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Donnerstag, den 11. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Freitag, den 12. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Samstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Sonntag, den 14. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Montag, den 15. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Dienstag, den 16. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Mittwoch, den 17. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Donnerstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Freitag, den 19. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Samstag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Sonntag, den 21. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Montag, den 22. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Dienstag, den 23. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Mittwoch, den 24. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Freitag, den 26. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Samstag, den 27. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Sonntag, den 28. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Montag, den 29. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Dienstag, den 30. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung. Mittwoch, den 31. Mai, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung.





Ueber 50 Millionen Mark

steht eine kleine Gruppe von meist abligen Spielvernehmern alle Jahre ein. Man nennt das 'Liebesgabe', weil jeder Arbeiter, der sein Schnäpchen trinkt, durch seine Groschen dem reichen Junker die Mittel zu einem bequemen und arbeitslosen Leben liefert...

Liebesgabe für die Junker!

Deutscher Reichstag.

74. Sitzung, Mittwoch, den 27. April, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Weremuth, Lisco, v. Schöen. Zunächst wird die Verlängerung des Handelsvertrags mit Schweden...

Handelsvertrags mit Schweden

Als 1. Dezember 1911 nach einigen Worten des Abg. Graf Kautz (Konsf.), der an die Unterhändler appelliert, die deutschen Interessen energisch zu vertreten, angetreten.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über die Haftung des Reiches für seine Beamten.

Abg. (Soz.): Wir sind mit den Änderungen, die der Entwurf in zweiter Lesung erhalten hat, nicht einverstanden. Geringfügig können wir die Annahme der farbigen Beamten von der Haftung anerkennen.

Mit einer redaktionellen Änderung (beantragt von der Rechten und dem Zentrum), durch welche auch das Schutzgebiet Klautschan in das Gesetz einbezogen wird, gelangt der Entwurf zur Annahme.

Beauftragt wird hierauf in dritter Lesung der Entwurf, betreffend das Reichsschuldbuch angenommen. Desgleichen die Ueberweisung der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Klautschan für 1904 und 1905.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Abg. Prinz zu Schönau-Sarolath (Konsf.) erücht namntas seiner Freunde den Schatzsekretär, auf dem Wege der freien Konfessionen mit Mitgliedern aller Parteien die Deckungsfrage zu beraten.

Reichschatzsekretär Weremuth spricht die Hoffnung aus, daß von der Reichsverschuldung ein mäßiger Betrag für die Veteranenbeihilfe werde flüssig machen lassen.

Abg. Gröber (Zentr.): Mit untrügender Zustimmung gegen die Resolution, welche eine Wehrsteuer verlangt, haben wir keineswegs jede Wehrsteuer verwerfen wollen.

Abg. Arnstadt (Konsf.), empfiehlt nochmals den Gedanken der Wehrsteuer.

Abg. Kopsh (Vpt.), schließt sich den Ausführungen des Abg. Prinz zu Schönau an. Es sei übrigens sehr merkwürdig, daß man bei den Veteranenbeihilfen von Seiten der Regierung so streng an dem Grundsatz festhalte: keine Ausgabe ohne Deckung.

Abg. v. Liebert (Vpt.): Mit schönen Reden ist nichts getan. Wir werden mit der Wehrsteuer immer wieder kommen, und die Regierung wird nachgeben müssen.

Abg. Werner (Konsf.) schließt sich dem Vortrager an. So oder so, Deckung müsse gefunden werden.

Reichschatzsekretär Weremuth: Die Ausgabe ist beschossen, die Deckung aber nicht. Ungeheuer Ausgaben machen die mühsam erreichte Bilanzierung des Etats zunichte.

Abg. Schöpplin (Soz.): Die Abgg. Prinz Schönau und von Liebert möchten gerne die berechnete Entlastung der Veteranen auf die Gegner der Wehrsteuer ablenken.

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat...

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat, so ist er doch um 90 herum, als zahlreich Bücher von ihm in Deutschland neu gedruckt und in ersten Auflagen veröffentlicht wurden, stärker in den Vordergrund getreten.

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat, so ist er doch um 90 herum, als zahlreich Bücher von ihm in Deutschland neu gedruckt und in ersten Auflagen veröffentlicht wurden, stärker in den Vordergrund getreten.

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat, so ist er doch um 90 herum, als zahlreich Bücher von ihm in Deutschland neu gedruckt und in ersten Auflagen veröffentlicht wurden, stärker in den Vordergrund getreten.

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat, so ist er doch um 90 herum, als zahlreich Bücher von ihm in Deutschland neu gedruckt und in ersten Auflagen veröffentlicht wurden, stärker in den Vordergrund getreten.

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat, so ist er doch um 90 herum, als zahlreich Bücher von ihm in Deutschland neu gedruckt und in ersten Auflagen veröffentlicht wurden, stärker in den Vordergrund getreten.

Als Bismarck in den sechziger Jahren gesehen, als er noch im romantischen Wikingerskleide und krauslockig und heißseitig im Bauernrock gegangen kam, seine Stöße gingen schon in den sechziger Jahren über deutsche Bühnen, und wenn er auch in den erlebten literarischen Revolution der achtziger Jahre keine einflussreiche Rolle gespielt hat, so ist er doch um 90 herum, als zahlreich Bücher von ihm in Deutschland neu gedruckt und in ersten Auflagen veröffentlicht wurden, stärker in den Vordergrund getreten.

Aktion der Veteranen aus dem ordentlichen Etat verlangt. Wäre das geschehen, so hätte man nicht auf die ungeschicktesten aller Steuern, auf die Wehrsteuer, verfallen brauchen.

Abg. Bunderwald (Wirtsch. Vgg.) wies dem Staatssekretär vor, daß er nicht bereits vor einem Jahre ein Wehrsteuergesetz eingebracht hat.

Reichschatzsekretär Weremuth will den angeregten Gedanken einer Konferenz noch nicht von der Hand weisen.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Es macht einen eigentümlichen Eindruck, daß für die Veteranen immer kein Geld da ist, Steuern sollen aber überhaupt nicht zu bestimmten Zwecken bewilligt werden.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 1 Uhr. (Handelsverträge mit Ägypten, Nachtragslot, Ausgaben für Südwestafrika usw.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Das höhere Schulwesen.

Das Abgeordnetenhaus verhandelt über das höhere Schulwesen mit einer Ausführichtigkeit und Gründlichkeit, die bei anderen Gelegenheiten viel angebracht wäre. Selbst durch Abend-sitzungen läßt es sich nicht davon abhalten, des Tages und Breiten Spezial- und Detailwünsche vorzubringen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

46. Verbandstag des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten.

Samstag Nachmittag begann in Sorau der 46. Verbandstag der Konsumvereine der Provinzen Brandenburg, Schlessien, Pommern, Posen, Lit- und Westpreußen.

Lange, den Verbaudstag. Der Geschäftsbericht wurde alsdann durch Herrn Direktor Müller in längeren Ausführungen erläutert und ergänzt, und ging der Redner dabei auf das Verbandssekretariat und die an dasselbe gestellten und größtenteils auch gelösten Aufgaben ein.

Dem Verbaude gehörten Ende 1909 93 Konsumvereine und 6 Produktgenossenschaften an. In der Berichtszeit erzielten die Konsumvereine einen Gesamtumsatz von 19.886.873 Mark.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Die Mitgliederzahl stieg um 10.291 und betrug 96.196. Eine Mitgliedererhaltung von 2.841.133 Mark zu verzeichnen, wovon 2.698.113 Mark auf das eigene und 146.020 Mark auf das Lieferantengeschäft entfielen.

Der Umsatz wurde in 297 Verkaufsstellen erzielt, jedoch im Durchschnitt auf jede Verkaufsstelle ein Jahresumsatz von 66.959 Mark entfällt.

Björnstjerne Björnson.

Geboren 8. Dezember 1832 zu Kviteseid in Norwegen. Gestorben 26. April 1910 in Paris.

Björnstjerne Björnson war ein bürgerlicher Typus vergangener Jahrzehnte. In ihm verkörperte sich in dramatischer Ausprägung jenes Ideal des in Dichtung zugleich den Vorbildern des Zeitlers, dem er entsprach, leben will.

Das neunzehnte Jahrhundert mit seinen gewaltigen Umwälzungen auf wirtschaftlichem, geistigem, politischem Gebiete ist eine reiche Quelle für solche Dichtercharaktere gewesen. Ganz ähnlich wie bei dem wortmächtigen Franzosen Victor Hugo, dessen Stimme in die Zeit von 1830 bis 1880 hineinklang.

Björnstjerne Björnson war ein bürgerlicher Typus vergangener Jahrzehnte. In ihm verkörperte sich in dramatischer Ausprägung jenes Ideal des in Dichtung zugleich den Vorbildern des Zeitlers, dem er entsprach, leben will.

Björnstjerne Björnson war ein bürgerlicher Typus vergangener Jahrzehnte. In ihm verkörperte sich in dramatischer Ausprägung jenes Ideal des in Dichtung zugleich den Vorbildern des Zeitlers, dem er entsprach, leben will.

Björnstjerne Björnson war ein bürgerlicher Typus vergangener Jahrzehnte. In ihm verkörperte sich in dramatischer Ausprägung jenes Ideal des in Dichtung zugleich den Vorbildern des Zeitlers, dem er entsprach, leben will.

nicht die Hauptsache. Das sind die Ideen, aber sie allein täten's nimmermehr. Björnson ist also für uns in Deutschland keiner von denen, die durch ihr Schaffen gleichsam Kulturmacher wurden.

Björnson ist also für uns in Deutschland keiner von denen, die durch ihr Schaffen gleichsam Kulturmacher wurden. Er war so einer, der auf freigelegenen Bahnen vorwärtsreihen will.

Björnson ist also für uns in Deutschland keiner von denen, die durch ihr Schaffen gleichsam Kulturmacher wurden. Er war so einer, der auf freigelegenen Bahnen vorwärtsreihen will.

Björnson ist also für uns in Deutschland keiner von denen, die durch ihr Schaffen gleichsam Kulturmacher wurden. Er war so einer, der auf freigelegenen Bahnen vorwärtsreihen will.

Björnson ist also für uns in Deutschland keiner von denen, die durch ihr Schaffen gleichsam Kulturmacher wurden. Er war so einer, der auf freigelegenen Bahnen vorwärtsreihen will.



Björnson

Wahlform große Gefallen in gesundheitslicher Beziehung zu sich, jedoch wenn es sich um Lebens- und Gesundheitszustand... Bedauerlicherweise habe nach dieser Seite die Gesetzgebung bisher völlig versagt...

Anschließend an das vorerwähnte Material gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, die sich gegen die Auslieferung von Arbeitern in die USA, sowie gegen die nur auf Körperliche und geistige Ausnutzung gerichtete Gefängnisarbeit richteten...

Der Kassenbericht wurde nach Vorlesung des Rechnungsabwandes genehmigt, ebenso der Voranschlag für 1910, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 12.710 Mark bilanziert...

Ein Antrag der „Freiwilligen Vereinshaus-Gesellschaft“ zu Ostern im Aufnahmeverband wurde abgelehnt, weil die Zwecke dieser Gesellschaft nichts Gemeinsames mit Konsum-Gesellschaften besitzen...

Nachdem noch zehn Verbandsberichte bestimmt worden waren, welche zum Zweck der Bekämpfung des diesjährigen Genossenschaftstages zu München aus Verbandsmitteln einen Zuschuss erhalten, teilte Herr Kaufmann mit, daß der diesjährige internationale Genossenschaftstag vom 5. bis 7. September in Hamburg tagt...

Mit einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Müller-Berlin endete um 2 1/2 Uhr der Verbandstag.

### Die unschuldige Polizei.

Die Genossen in Rastatt glaubten berechtigte Gründe zu haben, in dem Verhalten des Polizeikommissars Krause den Sozialisten gegenüber eine dem Reichsbereitschaft widerstrebende Haltung zu erblicken. Krause hat nämlich den Wirtin, die den Sozialdemokraten ihre Lokale zur Verfügung stellen, eine Verhöhnung der Polizeibehörde angebroht...

Der königliche Regierungs-Präsident Rastatt O. 1; den 14. April. J. N. 1894 10 I. A. L.

Auf Ihre an den Herrn Minister des Innern gerichtete, mir nach Prüfung durch den Herrn Minister zur Verfügung übergebene Beschwerde vom 14. Februar d. J. erwidere ich Ihnen, daß nach meinen eingehenden Ermittlungen der dortige Stadtmagister Krause dem Brauereibesitzer Aufwalski nicht mit Rücksicht der Polizeibehörde gehandelt hat...

Zum Entschreiten gegen den Polizeikommissar Krause liegt daher keine Veranlassung vor.

Die Rastatter Genossen wissen jetzt, daß der Polizeikommissar Krause ihnen nichts in den Weg legt. Bedingt aus Sorge vor etwaigen Ausschreitungen, die, nebenbei bemerkt, in oder nach sozialdemokratischen Versammlungen hier noch niemals vorgekommen sind, hat der Polizeikommissar die Wirtin gewarnt...

entsprechen zu lassen. Es ist erschreckend, mit welcher kräftiger Faust der Dämon der Welt in die dunklen, verstaubten Stuben der Engherzigkeit in den Fragen der Liebe, der Ehe, der Frau, der gesellschaftlichen Stellung der Einzelwesen, der moralischen Integrität und entzündenden Mächte der Arbeit und Erziehung hineinzufahren läßt...

Er empfahlen den Wahlkreis Genossen, den Vorschlag des Regierungspräsidenten wieder dem Minister des Innern zuzuschicken, damit dieser fest, wie seine Anordnungen ausgeführt werden.

### Frauen-Versammlungen

im Agitationsbezirk Breslau tagten Rosaenthal, Freitag, den 20. April, nicht Genossinnen. Abends 7 1/2 Uhr bei Müller (früher Eckert). Gedultig, Sonntag, den 1. Mai, Abends 7 1/2 Uhr bei Müller. Größtes, Montag, den 2. Mai, Abends 7 1/2 Uhr bei Müller. Klein-Rastatt, Dienstag, den 3. Mai, Abends 7 1/2 Uhr bei Müller. Strehlen, Mittwoch, den 4. Mai, Abends 7 1/2 Uhr bei Müller.

Rebieren in allen Versammlungen ist die Genossin Frau Selingher aus Eschfeld a. S. Die Genossinnen werden ersucht, ihr zahlreiche Besuch dieser Versammlungen zu sagen. Vor allem sollen alle Genossinnen ihre Frauen und Töchter, Verwandte und Bekannte in diese Versammlungen schicken.

Langenbielau, 27. April. Bezirks-Konferenz. Am Sonntag tagte hier eine Konferenz des Langenbielauer Agitationsbezirks. Anwesend waren außer den fünf Mitgliedern der Bezirkskommission Hannusch vom Parteivorstand, Parteisekretär Schönwälder-Neurode, Parteisekretär Schöndorfer-Breslau, 11 Delegierte aus dem Wahlkreis Neudorf-Neurode, 9 aus dem Wahlkreis Striegau-Schweidnitz-Freiburg, 8 aus dem Wahlkreis Waldenburg (darunter 2 Genossinnen), 2 aus dem Wahlkreis Landeshut-Jauer, 4 aus dem Wahlkreis Grottkau, Glatz-Gabelschwerdt und Frankenstein-Münsterberg waren nicht vertreten. Parteisekretär Schönwälder konnte von einem erfreulichen Aufschwung der Organisation berichten. Am 1. April 1910 waren im Bezirk 8725 organisierte Genossinnen vorhanden, davon sind 1219 Frauen. Soweit festzustellen war, sind in den Kreisen Neudorf-Neurode 36, Striegau-Schweidnitz 31, Waldenburg 70, Landeshut-Jauer 4, Grottkau 4 sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden. Der Kassenbericht umfaßte die Zeit vom 1. April 1906 bis 1. April 1910. Die Einnahme und Ausgabe bilanziert mit 27.599,28 Mark. In den 5 Jahren haben die Kreise folgende Beiträge an die Kommission geleistet: Neudorf-Neurode 3539,72 M., Striegau-Schweidnitz 2478,99 M., Waldenburg 3098,85 M., Landeshut-Jauer 1073,90 M., Grottkau 421,51 M., Glatz-Gabelschwerdt 18 M. Diese Beiträge sind bis auf das entstehende Porto sämtlich an die Hauptparteiabteilung gelangt worden. In der Diskussion wurde vom Genossen Oberst-Waldenburg die günstige Entwicklung des Waldenburger Parteibereichs berichtet. Die letzten Parteitagungen brachten dem Bergarbeiterverband 120 Mitglieder und über 300 Abonnenten auf die Parteipresse. Genosse Hannusch-Berlin gab wertvolle Ratschläge für den Ausbau der Organisation und rief, die von mehreren Seiten gewünschte Verlegung des Sitzes des Parteisekretariats sehr nicht vorzunehmen. Es wurde auch so beschlossen. Der Breslauer Bezirk wird im Sommer eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter abhalten, zu der auch die Vertreter aus unserem Bezirk Zutritt haben werden. Die entstehenden Kosten müssen aber die Orte selbst tragen. Die Beschaffung eines unentgeltlichen Organs zur Agitation unter der Landbevölkerung wurde der Bezirkskommission überwiesen. Vom 1. April d. J. ab sollen die Wahlkreise 30 Prozent ihrer Einnahmen an die Bezirkskommission abgeben; davon gehen 20 Prozent an die Hauptparteiabteilung, während 10 Prozent zur Verfügung der Kommission bleiben. Eine Besichtigung des internationalen Kongresses in Kopenhagen wurde einstimmig abgelehnt. Nach 3 1/2 stündiger Dauer wurden die schlichten und für unsere Partei mäßigenden Verhandlungen geschlossen.

Schweidnitz, 27. April. Zum Kampf um die Unfallrente. Weil sich die Rentempfängerin Frau Little Bauer an die Folgen ihres am 3. Mai 1893 erlittenen Unfalles gewöhnen mußte, wurde ihr auf Grund eines vom Reichsanwalt Dr. Kraus aus Schweidnitz abgegebenen Gutachtens von der landwirtschaftlichen Vermögensgenossenschaft die Rente entzogen. Gegenüber legte die Frau Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Breslau ein. Die Klägerin erlitt am 14. Dezember 1897 beim Verteilern von Getreide eine Verletzung des linken Fußes, die den Verlust des Endgliedes zur Folge hatte. Durch Beschluß vom 3. Mai 1898 erhielt die Verletzte eine Rente von 15 Prozent, die aber durch Beschluß vom 7. November 1906, ebenfalls auf Grund eines Gutachtens des Reichsanwalts Dr. Kraus, in Wegfall gebracht wurde. Die gegen diesen Beschluß eingelegte Berufung hatte infolge des Erfolges, als der Frau eine Rente von 10 Prozent zugesprochen wurde. Am 3. Januar 1910 begünstigte der Reichsanwalt Dr. Kraus, daß in den Umständen eine weitere wissenschaftliche Prüfung und zwar durch Genossinnen, eingeleitet sei, und die Entziehung der oben erwähnten Rente wurde abgemildert in die Wege geleitet. Nunmehr beantragte Klägerin Erhöhung der Rente auf 20 Prozent mit der Begründung, daß ihre Ernährungsverhältnisse mit 10 Prozent nicht zu niedrig bemessen sei. Durch die Unfallfolgen sei ihr jede Möglichkeit genommen, zum Verdienst des Mannes und zum Unterhalt der Familie etwas beitragen zu können; sie müsse zur Fortsetzung schwerer häuslicher Arbeiten sogar fremde Hilfe in Anspruch nehmen und bezahlen. Das Schiedsgericht lehnte trotzdem diesen Antrag ab, weil nach einem Gutachten des Reichsanwalts Dr. Kraus aus Breslau weder eine Verlesung, noch eine Besserung in den Umständen eingetreten sei. Die Rente von 10 Prozent wurde der Frau wieder zugesprochen. Als sie trotz des erheblichen Schadens, den die Frau während ihrer Krankheit erlittet, kann sie noch froh sein, wieder in den gewöhnlichen Besitz ihrer früheren Rente gelangt zu sein.

Striegau, den 28. April. Zur Bauarbeiter-Auspeuerung. Von 124 organisierten Bauarbeitern sind 90 ausgepeert, von denen haben über 20 andere Arbeit gefunden und ein Teil führt neue Bauplanarbeiten in eigener Regie aus. Nur einigen Unorganisierten wurden ähnliche Stellen mit bezahlter Lohn, so daß es verstanden, daß bei 2 Beschäftigten 2 weitere brüden. Die Polizei wird während der Auspeuerung eine fremde Rolle spielen durchweg, wenn sie nicht im Verbunde, manne lassen die zur Auspeuerung in der Arbeiterbewegung tätig. Jetzt sind es aber auch dem Verbände auszugehen, weil nur Unorganisierte beschäftigt werden. Sie hätten jetzt an die Heranzüchtung der Unorganisierten und wollen sich deren Guts erhalten, indem sie den besten Mann finden. So berichtet der Polizeikommissar, der am 20. Mai zum Herrn Müller arbeitet, zu einem Bauarbeiter: Da hast du in der Zusammenkunft die große Freude gehabt, auf Arbeit zu gehen und zu arbeiten. — Die Polizei kommt dem hochbegünstigten Arbeiter sehr entgegen, daß man auf Unternehmerrisiko nicht lange warten kann.

Goldberg, 28. April. Zur Auspeuerung der Bauarbeiter. Am Dienstag Nachmittag fand im „Neuen Hause“ eine Zusammenkunft der ausgepeerten Bauarbeiter statt, die einen äußerst guten Eindruck aufwies. Genosse Fohrer-Striegau hielt eine Rede über die Auspeuerung, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In der Zusammenkunft herrschte eine lebhafteste Stimmung. Am Donnerstag wird hier die Auspeuerung einer größeren Umfang auszuweisen, da an diesem Tage auch die Zimmerer ihrer Arbeitsplätze verlassen werden. Da von den Zimmerern unter der Bauarbeiterschaft ein großer Haufe vorhanden ist und auch Arbeiter die Arbeit verlassen werden ist, daß die Auspeuerung nur wegen der unzureichenden Förderung der Arbeiter ausgeht, ist das die bedeutendsten Organisationen im höchsten Grade im Hinblick zu nehmen. In diesem Zusammenhange werden wir in diesem in anderer Weise die Durchführung der Unfälle der Arbeiter zu zeigen.

Wangsen, 28. April. Stellrubi rudi der Paul Mann die Herren Mitglieder im Bauarbeiter-Verband die Organisation der Bauarbeiter zu strengen, indem sie Nichtorganisierte arbeiten lassen wollten, so habe sie sich diese geschnitten, denn es hat sich kein einzelner gefunden, der sich zum Streikrecht hergeben hätte. Auf einem Versammlungen an der Hauptstraße 5. 1. arbeiteten an den Grundbesitzern die Arbeiter und um vor Rebellion, der Bauherr aber nicht sie vom Platz, da er, wie er sich ausdrückte, die Fundamente verfestigen lassen wollte. Eine mit einem Aufwandsangebotene Statistik ergab, daß von 36 Bauarbeitern nur noch 30 am Ort befinden. Auch sind Anfragen von auswärtigen Unternehmern, die den Auspeuerungsbau nicht mitmachen, nach Arbeitskräften eingelaufen und im Laufe dieser Woche gehen eine Anzahl Arbeiter in die verschiedensten Distanzen. Die Situation ist demnach für die Herren Unternehmern in Wangsen eine günstige und sie könnten sich nichts Schlimmeres tun, als die Hand zum Freuden bieten. „Aber, wer nicht will, der hat schon“, sagt ein alter Bauarbeiter.

Kaßch beendeter Streik. Wie wir bereits kurz mitgeteilt, waren am Sonnabend die hiesigen Metzgerhelfer in der Streik eingetreten und die Herren Metzger hatten selbstverständlich nichts Schleunigeres zu tun, als nach berühmten Mustern in den Tagesblättern Inserate loszulassen. In dem sie das p. i. Publikum um gütige Nachsicht bitten. Schade um das Geld! Denn nach drei Tagen haben die Herren ein, daß es doch nicht so weiter ginge und es kam zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Verhandlungen. Die ersten bewilligten einen Stundenlohn von 37 Pf. und für Jungangehörigen einen solchen von 23 Pf. Der Lohn ist auf drei Jahre festgesetzt worden. Am Mittwoch erfolgte die Aufnahme der Arbeit.

Görlitz, 28. April. Der Wert von Polizeien-Auszeichnungen. Wegen Verletzung der christlichen Kirchen stand heute Genosse Max Galling vor der hiesigen Strafkammer. Er soll in einer Nachrechts-Versammlung in Lauban die christlichen Kirchen durch den Gebrauch des Wortes „Verbrennungsanstalten“ beschimpft haben. Die Anklage hatte der hiesige Polizeikommissar Gaehtich erstattet, der mit einem Polizeibeamten die Versammlung überwacht hatte. Der als Zeuge vernommene Polizeikommissar hatte nachteilig wieder etwas anderes aus dem Vortrage herausgehört, als der Referent gesagt hatte, was auch von mehreren Zeugen bestätigt wurde. Der Richter hatte einige Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissen und daraufhin die Anklage erstattet. Trotz der auf Schwachen Füßen stehenden Anklage beantragte der Staatsanwalt 1 Monat Gefängnis. Das Gericht dagegen machte sich nicht die Auffassung des Staatsanwalts und des Polizeikommissars zu eigen, sondern es sprach Genossen Galling nach kurzer Beratung frei. — Der Polizei-Inspektor hatte sich also in diesem Falle umsonst bemüht, die Kosten tragen die Steuerzahler.

Randshut, 28. April. Einbruch und Mordversuch. Ein Einbruch wurde bei dem Bauerngutsbesitzer Fichtner verübt. Der Einbrecher war gerade dabei, den Geldschrank zu zerbrechen, als der Fichtner erwachte und in dem Einbrecher seinen Mord erkannte. Dieser schlug den Fichtner mit einem Beil nieder und ließ ihm beim Hinfallen einen Finger ab. Dann flüchtete der Täter, wurde aber in Trautliebendorf verhaftet. Fichtner hat erhebliche Kopfverletzungen erlitten.

Röben, 28. April. Verbrannt. Im Stammsitz verbrannte das achtjährige Tochterchen des Viehhändlers Knops das Ofenfeuer durch Zugießen von Petroleum zu entfachen. Der Petroleumbehälter explodierte und das Kind erlitt tödliche Brandwunden.

Canth, 28. April. Lebensmüde. Mittwoch Morgen hat sich auf dem Bahnhof Landeshut ein Mann in selbstmörderischer Absicht vor den Viehwagen zugeworfen. Dem Lebensmüden wurde von dem Ruge der Kopf vom Kumpfe trennt. In dem Toten wurde ein Einwohner aus Canth namens Krauprich erkannt.

Posen, 27. April. Zur Bauarbeiter-Auspeuerung. Am Dienstag Vormittag hielten die ausgepeerten Bauhandwerker eine Versammlung im „Schwiegertal“ ab. Genosse Schulz erläuterte nochmals die Gründe, die zur Auspeuerung führten, und ergab an verschiedenen Berichten aus Arbeiterversammlungen, daß die ganze Bewegung eine Bewegung der Gewaltsbewegung einiger Schachmacher des Arbeiterverbandes ist und eine dann auf die vom Bauernmeister eingeleiteten Einigungsverhandlungen des näheren ein. Die Arbeitervertreter haben bemerkt, daß sie jeder Zeit zu Verhandlungen bereit sind, nicht aber die Unternehmer, die erklären, sich an Verhandlungen nicht einlassen zu können. Nicht einmal Vermittlungsversuche können sie entgegennehmen. Derzeit seien sie allerdings, der Einigungs-Kommission den Standpunkt der Unternehmer klarzulegen, was dann auch, wie der Vortragende versicherte, in anschließender Weise durch einen Herrn Hartmann, der übrigens gar keine Bauarbeiter beschäftigt, geschah. Mit einem kräftigen Appell an die Solidarität der Ausgepeerten schloß die Versammlung, an die, wie wir schon berichteten, ein Demonstrationzug durch die Straßen sich angeschlossen.

Posen, 28. April. Wird er Abgeordneter oder nicht? Eine nochmalige Reichstagswahl stellt, entgegen den gefügigen Meinungen, der „Dziennik“ Posnanst“ heute in Aussicht. Trotz der Erklärung von „Polski“, nach welcher der gewählte Reichstagsabgeordnete Nowicki dem Verlangen des Provinzialparlamentes, nach der Wahl sofort sein Mandat niederzulegen, nicht nachgeben werde, erklärt nämlich der „Dziennik“, daß Nowicki sein gegebenes Ehrenwort eingibt und die Erklärung abgegeben hat, die auf ihn gestellte Wahl nicht anzunehmen zu wollen. — Es bleibt abzuwarten, ob diese Erklärung sich bestätigt; viel Wahrscheinlichkeit hat sie nicht für sich.

### Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Montags von 9-11 Uhr Mittags. Schriftliche Auskünfte wird nur ausnahmsweise erteilt. An die Parteioffizien. Antänblichungen über die Veranstaltungen am 1. Mai müssen bis Freitag Mittag in unseren Händen sein, wenn sie auf die gemeinsame Rufe kommen sollen. Frau K., hier. Die Parteischule wurde am 16. April geschlossen. G. B. Schöler Sie nur ein. A. Jellhammer. Da der Mann festgenommen wurde, haben Sie die Verhandlungskosten selbst zu tragen. G. B. L. Jordan Sie die Firma auf, wenn Ihnen einer bestimmten Frisch ein anderes Modell zu liefern. Gesehen wird nicht, so machen Sie den Kauf rückgängig. 2. Der Kunde ist nur auf Zahlung des Kaufpreises zu verlegen. G. B. 10. Bundesvorsitzender des schlesischen Arbeiter-Bundes ist Genosse Josef Logar in Breslau VII, Gablestraße 51. G. B. Das Wohnungsamt an Sonntagen ist polizeilich verboten. Sie können also am 2. Mai ausgehen und müssen die Wohnung Abends geräumt haben. A. B. Schwarzbach. 1. Das Stempelgesetz kennt keine Untertage in der Steuer bei kleinen und großen Eilen. Die Steuer ist auf 6 Mark festgelegt; es heißt aber, bei Ausbleiben geringfügiger Art kann der Stempel auf 3, 4, 1 Mark, oder in ganz besonderen Fällen bis auf 50 Pf. ermäßigt werden. 2. Eine Frau ohne Einkommen kann nicht zur Einkommensteuer gezwungen werden. G. B. 50. 1. Sie können am 1. Juni hinfügen und am 1. Juli anfragen. 2. Rein. 3. Bei vierwöchiger Anwesenheit kann nur am Anfang eines jeden Monats 75 gekündigt werden. Th. M. Friedrich-Wilhelmstraße. 1. Was ist über die Sache nichts Nachforschungs bedarf. G. B. 100. Staatsbank haben Sie nur in einem Ort zu zahlen, Gemeindeführer können Sie in Breslau und Danzig zahlen, wo noch Ihre Familie wohnt. Die Gemeindeführer sind aber auf beide Gemeinden verteilt, so daß sie also nicht in beiden Orten zu zahlen ist. G. B. 100. Sie der letzte Unternehmung wofür mindestens 10 Mark.